Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland" werben!

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

# Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 51. | Berlin, 16. Dezember 1932. | 13. Jahrg.

Inhalt: S. 605: Die Minderheitenschutzverträge. / S. 606: Das Kaffee-Monopol. / S. 607: Die deutsche Agrarbeschwerde in Genf. — Das neue Vereinsgesetz. / S. 608: Danielewski, Gebauer und Konsorten. — Kein Deutscher im Pommereller Provinziallandtag. / S. 609: Die Personalpolitik der ostoberschlesischen Industrie. / S. 610: Zwei neue Polenzeitungen in Oppeln. — Eine polnische Zentralgenossenschaftsbank. — Abgewiesene Klage. — Polnische Werbemethoden. — Graf Sierakowski. — Der kleine Grenzverkehr. / S. 611: Die theoretische Gleichberechtigung. — Entschädigungswesen. — Bundesnachrichten. / S. 612: Bundesarbeit. / S. 614: Heimatnachrichten. / Beilage: „Ostland-Kultur".

## Die Minderheitenschutzverträge.

Während sich Deutschland seit seinem Eintritt in den Völkerbund vergebens um die Ausbildung eines wirksamen Verfahrens zum Schutze der nationalen Minderheiten bemüht, gehen die Bestrebungen der Gegenseite dahin, die vertraglichen Verpflichtungen zu beseitigen, die ihr in den Minderheitenschutzverträgen von 1919 auferlegt worden sind. Führend in diesen Bestrebungen ist Polen; ihm stehen die Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien und Griechenland zur Seite, die sich gleichfalls durch entsprechende vertragliche Auflagen zugunsten der Minderheiten ihres Gebietes in der „nationalen Vereinheitlichung" ihrer Staaten beeinträchtigt fühlen. Seit einiger Zeit wird von polnischer Seite der Kampf gegen den internationalen Schutz der Minderheiten auf breiterer Basis geführt. Als richtunggebend für die Propaganda, die in dieser Hinsicht entfaltet wird, kann eine Schrift von Thaddäus Katelbach gelten, die unter dem Titel „Das heutige Deutschland und die Nationalitätenprobleme" vom Warschauer „Institut zur Erforschung der Nationalitätenfragen" herausgegeben worden ist. Der Verfasser dieser Schrift spielt, seitdem er sich in Ostoberschlesien unmöglich gemacht hat, in der Berliner Polenbundzentrale als Journalist, der den „Narod", die „Nowiny Codzienne", den „Dziennik Berlinski" und die „Gazeta Olsztynska" mit Leitartikeln versorgt, eine erhebliche Rolle. Im ersten Teil seiner Schrift trägt Katelbach die Argumente zusammen, mit denen Polen im wesentlichen seine Propaganda gegen die Minderheitenschutzverträge bestreitet.

Folgendes muß vorausgeschickt werden: Das Ziel der Polen ist die völlige Beseitigung dieser Verträge. Wenn sie sich in ihrer Propaganda wiederholt nicht für deren Beseitigung, sondern im Gegenteil für die gleichmäßige Ausdehnung des internationalen Minderheitenschutzes auf alle Staaten eingesetzt haben, so deshalb, weil sie auf diesem Wege besser zu ihrem eigentlichen Ziele zu kommen vermeinten, weil sie hofften, England, Frankreich und Italien für die Aufhebung der die Ost- und Südoststaaten „degradierenden" Schutzverträge eher gewinnen zu können, wenn sie diesen Staaten klarmachten, daß der völkerrechtliche Grundsatz der Gleichberechtigung die Einbeziehung z. B. auch der Walliser, Elsässer und Südtiroler in den Minderheitenschutz verlange. Und wenn sie in Genf wiederholt auch die Ausdehnung der Verträge auf Deutschland verlangt haben, so deshalb, weil ihnen diese räumliche Erweiterung der minderheitenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem heutigen Zustand der einseitigen „Degradierung" immer noch als das kleinere Übel erschien. In dem einen wie dem anderen Falle haben sie wohl erwartet, daß die betreffenden Großmächte, um der Anwendung der Schutzverträge auf die fremdvölkischen Gruppen ihrer eigenen Staaten zu entgehen, sich vom internationalen Minderheitenschutz überhaupt lossagen und auch die Ost- und Südoststaaten von den ihnen auferlegten Verträgen befreien würden. Die Polen sind an einer unterschiedslosen Ausdehnung des internationalen Minderheitenschutzes auf alle Staaten viel weniger interessiert als an dessen Beseitigung in ihrem eigenen Staate, was ohne weiteres verständlich wird, wenn man bedenkt, daß etwa ein Drittel der Bevölkerung Polens aus nationalen Minderheiten besteht, während es in Deutschland nur verschwindend geringe fremdnationale Volkssplitter gibt. Auch können die Polen auf einen völkerrechtlichen Schutz dieser Volkssplitter in Deutschland um so eher verzichten, als sie ja sehen, daß deren wesentliche Wünsche von deutscher Seite auch ohne eine internationale Verpflichtung erfüllt worden sind.

Katelbach geht in seiner Kritik der Minderheitenschutzverträge von der These aus, die wiederholt auch von Völkerbundspolitikern vertreten worden ist, daß es nämlich Pflicht der nationalen Minderheiten sei, „in den Mehrheitsvölkern aufzugehen". Katelbach bestreitet zunächst die Möglichkeit eines internationalen Minderheitenschutzes überhaupt; es gibt, sagt er, „hinsichtlich der Lösungsmethoden in Europa eigentlich kein einheitliches Nationalitätenproblem, sondern tatsächlich nur einzelne Nationalitätenprobleme, die ein Mosaik verschiedener Erscheinungen bieten". Er zieht aus dieser an sich richtigen Feststellung aber nicht etwa den Schluß, daß das internationale Minderheitenschutzverfahren entsprechend elastisch ausgebaut werden müßte, sondern er meint, daß es sich bei der Minderheitenfrage um „ein in seinem Wesen innerstaatliches Problem" handele, das „als solches im Rahmen der in den einzelnen Staaten gültigen Rechtsnormen geregelt" werden müßte. Diese Schlußfolgerung Katelbachs kann man zwar für solche Staaten gelten lassen, in denen — wie z. B. in Deutschland oder Deutsch-Österreich — die fremdnationalen Volksteile eine zahlenmäßig belanglose Erscheinung sind, keinesfalls aber für Staaten, in denen die fremdvölkischen Gruppen 30—40 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen, wie es z. B. in Polen und der Tschechoslowakei der Fall ist. Die Schlußfolgerung Katelbachs kann man weiter gelten lassen für Staaten, die — wie Deutschland —, ohne einer internationalen Verpflichtung unterworfen zu sein, ihren fremdnationalen Volkssplittern ein weitgehendes Entgegenkommen beweisen, keinesfalls aber für Staaten, die — wie Polen und die Tschechoslowakei — trotz der ihnen auferlegten Verpflichtungen eine gewaltsame Entnationalisierungspolitik gegenüber den fremden Volksteilen ihrer Hoheitsgebiete betreiben.

Viel Mühe verwendet Katelbach darauf, die den Ost- und Südoststaaten auferlegten Minderheitenschutzverträge hinsichtlich ihrer Geltungsdauer den polnischen Wünschen entsprechend auszulegen. In Übereinstimmung mit der These von der „Akklimatisierungspflicht" der nationalen Minderheiten behauptet er, daß diese Verträge nur die Bedeutung zeitlich befristeter Bestimmungen besäßen. Sie sollten, meint er, „eine Art Übergangsmemento", „ein vorübergehendes pädagogisches Memento" für die neu entstandenen Staaten bilden. „Es sind Übergangsbestimmungen", sagt er, „und als solche wurden sie von den Autoren der Verträge behandelt." Wenn Katelbach sich hierbei auf die im Jahre 1925 von Chamberlain abgegebene Erklärung zum Berichte Mello Francos beruft, so genügt es wohl, darauf hinzuweisen, daß die damals von diesem englischen Außenminister vertretene Meinung heute als überholt gelten kann. Daß es so ist, daran trägt nicht zuletzt Polen selber die Schuld, da es ja durch seine eigene Minderheitenpraxis (insbesondere durch die Terrorwahlen von 1930) die Notwendigkeit eines unbefristeten internationalen Minderheitenschutzes unter Beweis gestellt hat. Wenn die Verträge wirklich nur als „pädagogisches Memento" für die Neustaaten gedacht gewesen sein sollten, dann kann man nur sagen, daß diese Staaten diese pädagogische Prüfung nicht bestanden haben. Übrigens hätte Polen an sich gar keinen Grund, gegen den ihm auferlegten Schutz-

vertrag so heftig zu protestieren, wenn es die Minderheiten seines Hoheitsgebietes loyal behandelte. Denn wenn es das täte, dann bräuchte es sich durch diesen Vertrag durchaus nicht beeinträchtigt zu fühlen.

Katelbach sucht in seiner Schrift zu beweisen, daß Deutschland das Minderheitenproblem als Waffe in seinem Kampf um die Revision des Versailler Diktates benutze. Er denkt hierbei wohl daran (aber er hütet sich, es zu sagen), daß die Westmächte die Anerkennung der polnischen Unabhängigkeit, insbesondere die Anerkennung der polnischen Souveränitätsrechte über die ehemals preußischen Gebiete von der Unterzeichnung des Minderheitenschutzvertrages durch Polen abhängig gemacht haben, daß Deutschland also logischerweise in der Lage ist, die Nichterfüllung der in diesem Vertrage enthaltenen Bestimmungen durch Polen als Revisionswaffe zu nutzen. Polen hat die Möglichkeit, Deutschland diese Waffe aus der Hand zu nehmen; nämlich durch eine loyale Handhabung des Minderheitenschutzes, die Deutschland keinen Anlaß gibt, sich über Polen zu beklagen. Wenn Polen von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht, dann hat es eben auch die Folgen zu tragen. Und Katelbach würde gut daran tun, sich mit seinen haltlosen Klagen über den „revisionspolitischen Mißbrauch des Minderheitenproblems" durch Deutschland nicht an das Ausland, sondern an seine Warschauer Regierung zu wenden, damit diese die Ursache des von ihm beklagten angeblichen Mißbrauchs beseitigt.

Katelbach glaubt auch in der Tatsache, daß „der Völkerbundspakt die Minderheiten mit keinem Worte erwähnt", einen weiteren Beweis dafür erblicken zu können, daß die Schutzverträge nach Absicht der Schöpfer des Versailler Diktats „nicht universalen, sondern rein lokalen, mit der augenblicklichen politischen Lage eng verbundenen Charakter" tragen, also gewissermaßen „Ausnahmegesetze" darstellen, die ihrer Natur nach nur „Übergangscharakter" tragen könnten. Die Berechtigung, einen Vertrag lediglich deshalb nach einer gewissen Frist außer Kraft zu setzen, weil er keine allgemeine, sondern nur lokale Geltung besitzt, muß ganz entschieden bestritten werden. Wenn Verträge nur für bestimmte Zeit gelten sollen, dann pflegt das in diesen Verträgen selbst zum Ausdruck gebracht zu werden. Von einer nur begrenzten Geltungsdauer ist in den Minderheitenschutzverträgen aber keinesfalls die Rede. Bei dem Polen auferlegten Vertrag handelt es sich um einen Ergänzungsvertrag zum Versailler Diktat, der naturgemäß erst dann seine Geltung verlieren kann, wenn die Bestimmungen des Hauptvertrages außer Kraft treten, auf die er sich bezieht. Katelbach scheint hier vergessen zu haben, was der damalige Staatspräsident Ignaz Paderewski am 30. Juli 1919 im Warschauer Sejm über das Minderheitenschutzabkommen gesagt hat: „Der Vertrag zwischen Polen und den Hauptmächten entspringt dem Art. 93 des Vertrages mit den Deutschen (d. h. dem Versailler Diktat). Der Zusammenhang darin ist organisch; er ist in diesem unserem Buche enthalten und bildet eine der Hauptbedingungen unserer Unabhängigkeit."

Die polnische Propaganda bemüht sich schließlich, aus der Entstehungsgeschichte der Minderheitenschutzverträge auch Rückschlüsse auf deren angeblich beschränkte personelle Anwendbarkeit zu ziehen. Katelbach bezeichnet die Juden als „die geistigen Väter" dieser Verträge und behauptet, daß diese Verträge ursprünglich ausschließlich für den Schutz der jüdischen Minderheit in den Oststaaten bestimmt gewesen sein sollen. Er sagt hierüber u. a. folgendes: „Die Minderheitenverträge entstanden also nicht als bewußter Ausdruck der Siegermächte, das Schicksal der Nationalitäten in den Neustaaten zu regeln, sondern als Ausdruck der Sorge, die religiöse Freiheit der Minderheit, die sie vor dem Kriege kannten, nämlich der Juden, zu sichern. Für sie also, für die einzige rassisch-religiöse und sui generis sprachliche Minderheit, nicht für die Deutschen in Polen oder für die Polen in Litauen, mit einem Wort, nicht für Teile von Völkern, die ihre Staaten besaßen und nach dem Kriege sich in anderen Staaten befanden, wurden sie geschaffen. Daraus folgt, daß das, was in diesen Verträgen als ihr Dauerzweck gedacht war, sich vor allem auf die jüdischen Minderheiten bezog... Aus der Vermischung des wesentlichen dauernden Zweckes der Minderheitenverpflichtungen," heißt es bei Katelbach weiter, „nämlich des Schutzes der Juden, mit dem vorübergehend gedachten Nebenzweck der Erweiterung dieser Verpflichtungen auf andere nationale Minderheiten mußte ein fehlerhaftes, unvollkommenes Produkt in Gestalt der Minderheitenverträge hervorgehen. . . ." Mag sein, daß die Juden damals einen starken Einfluß auf die Entstehung des internationalen Minderheitenrechtes ausgeübt haben; es geht aber entschieden zu weit, wenn nun einfach behauptet wird, daß die Urheber des Versailler Diktats an den Schutz der nichtjüdischen Minderheiten nur nebenbei gedacht hätten. Daß die Idee des Minderheitenschutzes in seiner Ausdehnung auf alle Volksgruppen, die in den Oststaaten als nationale Minderheiten leben, in Versailles durchaus lebendig gewesen ist, geht z. B. aus dem Begleitschreiben Clemenceaus zum Minderheitenschutzvertrage hervor, wo es u. a. heißt: „Es ist anzunehmen, daß diese Völker (Deutsche, Ukrainer usw.) sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, beschützt und tatsächlich bewahrt zu sein gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrückung." Mehr noch als die Franzosen, deren staatspolitisches Denken der Minderheitenfrage an sich fremd gegenübersteht, haben die Angelsachsen bei den Friedensverhandlungen ihr Interesse an einem Schutz vor allem der zur Minderheit werdenden Deutschen in den an Polen fallenden Gebieten bewiesen. Man denke z. B. auch an die Minderheitenbestimmungen der Genfer Oberschlesien-Konvention oder auch an die Tatsache, daß den Polen die Souveränitätsrechte über Ostgalizien von den Westmächten erst zuerkannt wurden, nachdem sie sich zu einem weitgehenden Schutz der Ukrainer bereit erklärt und gesetzlich verpflichtet hatten. Wenn die Polen gerade hinsichtlich der Juden eine unbegrenzte Dauer der Minderheitenschutzverträge anzuerkennen bereit sind, so kann man das verstehen: Einerseits sind die Juden nämlich diejenige Minderheit, die den Polen auf Grund des Vertrages die geringsten Schwierigkeiten bereitet, und andererseits scheint es den Polen wohl unangebracht, die in den Weststaaten einflußreichen jüdischen Kreise gegen sich zu mobilisieren.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte, mit denen die Polen im Auslande für eine Aufhebung der Minderheitenschutzverträge Stimmung zu machen versuchen. Man darf diese Bestrebungen, zumal sie nicht von Polen allein, sondern von allen betroffenen Staaten gemeinsam unternommen werden, in Deutschland nicht unbeachtet und unerwidert lassen. Daß es den Polen keineswegs nur auf theoretische Erörterungen über die Minderheitenschutzverträge ankommt, sondern daß man jederzeit mit einem polnischen Vorstoß in dieser Richtung zu rechnen hat, zeigt ein am 13. Dezember im „Ilustr. Kurj. Codz." erschienener Artikel zu den Genfer Minderheitsverhandlungen, in dem es — von Regierungsseite inspiriert — u. a. heißt: „Die Zustimmung Polens als einer der Versailler Signatarmächte ist für die Durchführung der Genfer Beschlüsse notwendig. Wenn Polen kein Veto dagegen einlegen wird, so wird es doch gleichzeitig die ersten diplomatischen Schritte unternehmen, um nunmehr für sich Befreiung von seiner rechtlichen Sonderbelastung durch die Minderheitenschutzverträge zu erreichen. Unser Außenministerium wird den Grundsatz verkünden: Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Unterzeichner von Versailles und alle Mitglieder des Völkerbundes."

Der internationale Minderheitenschutz ist nicht etwas, was abgebaut werden muß, sondern etwas, was im Interesse der Befriedigung Europas der sorgsamsten Pflege und des weiteren Ausbaues bedarf. Man kann es verstehen, daß diese Verträge den Polen und den anderen Oststaaten unbequem sind. Es wäre ihnen *sicherlich lieber, wenn sie die fremdvölkischen Bewohner ihrer Staaten* drangsalieren und entnationalisieren könnten, ohne daß jemand das Recht hätte, sich darüber vor dem Genfer Forum zu beklagen. Die Polen sollten aber nicht übersehen, daß mit einem etwaigen Außerkrafttreten der Verträge das Minderheitenproblem noch lange nicht aufhören würde, eine europäische Lebensfrage zu sein. Nur die Form seiner Behandlung würde sich ändern, und es ist doch sehr fraglich, ob Polen dann besser fahren würde als heute, wenn der Schutz der Minderheiten nicht mehr in dem die Schroffheit der Gegensätze dämpfenden Genfer Milieu, sondern wie in früheren Zeiten durch direkte Interventionen der beteiligten Mächte durchgeführt würde. Was vor den Teilungen Polens die Dissidentenfrage war, das ist heute das Minderheitenproblem.

Dr. K.

*

# Das Kaffee-Monopol.

Die polnische Regierung hat sich schon seit Jahren darum bemüht, die bedeutende Kaffee-Einfuhr Polens nach Gdingen zu ziehen — auf Kosten Danzigs und reichsdeutscher Häfen. Jetzt haben diese Bestrebungen zu greifbaren Ergebnissen geführt, deren praktische Auswirkungen die betroffenen deutschen Häfen sehr bald zu fühlen bekommen werden. Es wurde eine „Polnisch-Brasilianische Kaffee-Handelsgesellschaft" mit dem Sitz in Warschau gegründet, die allein die Kaffee-Ausfuhr von Brasilien nach Polen in Händen haben und außerdem noch Zollvergünstigungen bei der Einfuhr über Gdingen genießen soll. An dem Kapital der Gesellschaft sind der Brasilianische Kaffee-Rat und die holländische Kaffeefirma Hegoma beteiligt. Die Gesellschaft hat in Gdingen ein Konsignationslager für zunächst 30 000 Sack (später bis zu 150 000 Sack) brasilianischen Kaffees zu unterhalten. Es soll auf diese Weise erreicht werden, daß ständig genügend Vorräte für die Versorgung Polens in Gdingen lagern. Die polnische Regierung denkt darüber hinaus auch daran, die übrigen Oststaaten von Gdingen aus mit Kaffee zu versorgen. Übrigens hat der Transport direkt zwischen den brasilianischen Häfen und Gdingen, und zwar auf Schiffen des Brasilianischen Lloyd zu erfolgen. Formell besitzt die Gesellschaft zwar kein Monopol; in der Praxis läuft das eingeschlagene Verfahren jedoch auf ein Monopol für brasilianischen Kaffee, der über Gdingen einzuführen ist, hinaus. Die Bedeutung dieser Maßnahme lassen folgende Zahlen erkennen: Polen hat im Jahre 1931 insgesamt 8156 Tonnen Kaffee eingeführt, davon 5141 Tonnen aus Brasilien und etwa 1600 Tonnen aus Mittelamerika. Von der Gesamteinfuhr kamen 5584 Tonnen über Danzig und 59 Tonnen über Gdingen. Danzig wird bei dieser neuen Regelung auch seine Kaffee-Einfuhr an Gdingen verlieren.

# Die Personalpolitik der ostoberschlesischen Industrie.

Die „Polska Zachodnia", das Kattowitzer Regierungsorgan, brachte vor kurzem einmal einen Artikel, in dem sie sich recht offenherzig über die Ziele der amtlichen Polonisierungsarbeit aussprach: „Nach dem Jahre 1937" (d. h. nach Ablauf des Genfer Oberschlesien-Abkommens von 1922), so hieß es dort u. a., „kommt die Zeit für eine energische Neuordnung des Großgrundbesitzes in der Wojewodschaft Schlesien... Eine Änderung der Besitzverhältnisse in der Großindustrie liegt leider weder jetzt noch in nächster Zeit im Bereich der finanziellen Möglichkeiten des polnischen Staates. Die Aufgabe des Staates muß sich also vorläufig auf Anstrengungen in Richtung der Polonisierung der Konzernverwaltungen und Beeinflussung der Personalpolitik beschränken." — Man muß zugeben, daß die Polen diese Entdeutschungsmaßnahmen, zu denen sie im Rahmen des Genfer Abkommens und ihrer finanziellen Möglichkeiten in der Lage sind, bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen verstehen. Das Deutschtum Ostoberschlesiens, das trotz einer zehnjährigen systematischen Verdrängungspolitik noch auf 300 000 Seelen zu beziffern ist, setzt sich vorwiegend aus Arbeitern und Angestellten der Bergbau- und Industriebetriebe und aus meist kleineren Handwerkern und Gewerbetreibenden zusammen. Da auch die letzteren wirtschaftlich, durch Aufträge usw., zumeist von der großen Industrie abhängig sind, entscheidet also die Personalpolitik der Konzernverwaltungen über das Schicksal des gesamten ostoberschlesischen Deutschtums. Die Industrie befand sich im Jahre 1922, als das Land Polen zugeteilt wurde, nahezu ausschließlich in deutschen Händen, z. T. in Gestalt von Aktiengesellschaften, z. T. auch in Gestalt direkten Familienbesitzes oder in Form von Majoritätsanteilen deutscher Magnaten. Inzwischen ist jedoch eine weitgehende Besitzverschiebung zugunsten polnischen, aber noch mehr zugunsten ausländischen, vor allem französischen und amerikanischen Kapitals eingetreten. Es liegt auf der Hand, daß dieses Kapital wenig oder kein Interesse daran hat, sich den Wünschen der polnischen Behörden hinsichtlich der Personalpolitik zu widersetzen, soweit nicht etwa durch die Entlassung hochqualifizierter deutscher Kräfte und deren Ersetzung durch minder qualifizierte polnische Anwärter eine geordnete Weiterführung der Betriebe in Frage gestellt zu werden droht. Im allgemeinen hat sich die personelle Polonisierung dieser dem deutschen Besitz entwundenen Verwaltungen ziemlich reibungslos im Sinne der polnischen Behörden vollzogen. Diese „freiwillige" Polonisierung genügt den polnischen Behörden jedoch keineswegs.

Im Jahre 1926 wurde Dr. Grazynski zum schlesischen Wojewoden ernannt. Dieser „Aufstandswojewode" setzt seine Ehre darein, die gesamte ostoberschlesische Industrie zu polonisieren, auch soweit diese sich noch heute im Besitz deutscher Aktionäre oder Magnaten befindet. Er hat hierbei in dem Wojewodschaftsrat Rudowski, seinem Mitarbeiter in industriellen Fragen, einen äußerst brauchbaren Helfer gefunden. Die Mittel, deren sich Grazynski bedient, sind höchst einfach: Die Verwaltungen, die sich weigern, ihre deutschen Angestellten und Arbeiter zu entlassen, werden steuerlich benachteiligt; Steuernachlässe oder -stundungen, die den andern, gefügigeren Verwaltungen mit größtem Entgegenkommen gewährt werden, bleiben ihnen versagt. (Siehe den Fall Pleß!) Sie werden bei der Vergebung von Staatsaufträgen, von denen alle Bergbau- und Industriebetriebe Ostoberschlesiens mehr oder weniger abhängig sind, übergangen. Sie werden bei der Gewährung von Subventionen, mit denen der polnische Staat ja in großem Umfange arbeitet, gegenüber den personell gefügigeren Konkurrenten benachteiligt. Oder es werden ihnen durch die Sperrung von Rediskontkrediten der Bank Polski Schwierigkeiten bereitet. Wird dann der Leiter eines solchen Betriebes oder einer solchen Verwaltung bei der Wojewodschaft wegen dieser Maßnahmen vorstellig, so erfährt er dort, daß die Behörde an sich wohl bereit sei, ihre Maßnahmen rückgängig zu machen — natürlich unter bestimmten Voraussetzungen. Und diese Voraussetzungen sind fast stets personeller Natur. Und leider muß gesagt werden, daß auch manche der deutschen industriellen Verwaltungschefs, um die behördlichen Maßnahmen zu vermeiden, sich dem Ansinnen der Wojewodschaft gegenüber recht häufig wenig widerstandsfähig erweisen. Wenn die oft allzu große Nachgiebigkeit mit der Sorge um den Bestand der Betriebe entschuldigt wird, so kann man dem entgegenhalten, daß die Betriebe durch die Entlassung guter deutscher Kräfte und ihre Ersetzung durch schlechte polnische gleichfalls in ihrem Bestande bedroht werden. Denn die Polen, die in solchen Fällen auf Wunsch der polnischen Behörden in die frei werdenden Stellen geschoben werden, bringen nur in relativ seltenen Fällen ausreichende Kenntnisse mit; ihre Anstellung erfolgt auf Grund ihrer zuverlässigen nationalpolnischen Gesinnung oder ihrer Zugehörigkeit zum Aufständischenverband.

Wenn aber erst einmal in einer Industrieverwaltung der Personalchef und der Leiter des Einkaufsbüros Nationalpolen sind, dann macht die weitere Polonisierung der Betriebe in der Regel rasche Fortschritte. Wo Entlassungen notwendig sind, werden die deutschen Angestellten und Arbeiter in erster Linie oder ausschließlich betroffen. Und wenn ein deutscher Angestellter oder Arbeiter einmal arbeitslos ist, dann kann er mit nahezu absoluter Sicherheit darauf rechnen, daß er niemals mehr einen neuen Arbeitsplatz findet. Denn bei etwaigen Neueinstellungen suchen sich die polnischen Personalchefs natürlich nur polnische Kräfte aus. Unter diesen Umständen hat sich die katastrophale Krise, in der sich die ostoberschlesische Industrie seit 1929/30 befindet, in nationaler Beziehung als eine Entdeutschung der Industrie von ungeheurem Umfange auswirken müssen: Die dem Demobilmachungskommissar zur Genehmigung vorgelegten Entlassungslisten weisen oft bis zu 90 v. H. Deutsche und nur 10 v. H. Polen aus! Es ist klar, daß eine solche Personalpolitik auch eine verhängnisvolle nationale Demoralisierung zur Folge haben muß. Wenn nämlich ein deutscher Angestellter oder Arbeiter sieht, daß er seine Entlassung dadurch verhindern kann, daß er sich den Wünschen des polnischen Personalchefs fügt, daß er also z. B. aus dem deutschen Verein, dem er vielleicht angehört, austritt, und sich irgendeiner polnischen Organisation anschließt, oder daß er seine Kinder aus der deutschen Minderheitsschule nimmt und in eine polnische Anstalt einschult — wenn er sieht, daß er sich auf diese Weise Brot und Verdienst erhalten kann, dann gehört schon eine persönliche Festigkeit dazu, um sich weiterhin offen zum Deutschtum zu bekennen, eine Festigkeit, die nicht jeder besitzt. Da er, wenn er einmal entlassen ist, keine Aussicht auf neuen Verdienst mehr hat, und da er als Deutscher nach Ablauf der kärglichen Versicherungs- und Krisenunterstützung auch von der öffentlichen Wohlfahrt unberücksichtigt bleibt und die Mittel der freiwilligen deutschen Wohlfahrtspflege überaus gering sind, steht er mit seiner Familie über kurz oder lang vor dem absoluten Nichts. Nicht anders geht es den deutschen Handwerkern und Gewerbetreibenden, deren Verdienst großenteils aus den Aufträgen stammt, die sie von den großen Industriebetrieben erhalten. Die Aufträge werden ihnen von den polnischen Einkäufern dieser Betriebe entzogen, weil sie Deutsche sind. Selbst deutsche Einkäufer sehen sich häufig durch Druck von oben gezwungen, die deutschen Gewerbetreibenden bei der Verteilung der Aufträge zu übergehen. Mancher kann erst wieder auf Aufträge rechnen, wenn er z. B. seine Kinder in die polnische Schule schickt, wenn er sich polnischen Organisationen anschließt, oder gar erst, wenn er sich einen polnischen Sozius nimmt. Und wenn er das tut, dann ist das Ende vom Lied in der Regel, daß ihn dieser Pole, der meist aus dem Osten zugewandert ist, betrügt und ruiniert und aus seinem eigenen, mühsam erworbenen Besitze hinausdrängt.

Ein guter Kenner der Verhältnisse, Hans Marquart, hat in der „Täglichen Rundschau" (25. und 27. November) nicht nur auf die national und wirtschaftlich vielfach nicht zu verantwortende Nachgiebigkeit mancher deutscher Chefs ostoberschlesischer Industrieverwaltungen gegenüber den polnischen Personalwünschen hingewiesen, sondern auch das an den nationalen Vorgängen in Ostoberschlesien offenbar völlig uninteressierte Verhalten der deutschen D-Banken scharf kritisiert. Da die polnischen Banken für so große Kredite, wie sie die ostoberschlesische Industrie braucht, nicht in Frage kommen und sich die ausländischen Banken gegenüber der dortigen Industrie weitgehende Zurückhaltung auferlegen, kamen und kommen als leistungsfähige Kreditgeber nur die D-Banken in Betracht. Polnischen und bekanntermaßen undeutsch geleiteten Industriegesellschaften, deren finanzielle Situation höchst bedenklich war (schreibt Marquart), wurden vor diesen Banken Millionensummen geborgt. „Und dies in einer Zeit, in der die gleichen Verwaltungen großenteils jede Entdeutschung der Betriebe ohne ernsten Widerstand mitmachten und Zehntausende deutscher Menschen auf die Straße setzten. Wenn der französische Bankier eine Million Goldfranken nach Oberschlesien lieh, verlangte er das Engagement hochbezahlter Vertrauensleute; die deutschen Banken borgten das Mehrhundertfache und ließen es zu, daß hochqualifizierte Kräfte, die ihnen treuhänderisch zur Seite hätten stehen können, zur Entlassung gelangten. Ein wahrhaft treffliches Beispiel für den Geist und die Arbeitsmethoden der deutschen Hochfinanz!" Es spricht viel für eine deutsche Kapitalbeteiligung an der ostoberschlesischen Industrie. Unverständlich aber bleibt, daß die Berliner Generaldirektionen dieser Banken dieser Industrie Kredite in einer Gesamthöhe von 40 bis 50 Mill. Dollar gewährt haben, ohne an diese Kreditgewährung personelle Bedingungen zugunsten der deutschen Angestellten, Arbeiter und Gewerbetreibenden zu knüpfen, obwohl sie hierzu bei der beherrschenden Stellung, die sie dort hinsichtlich der Kreditgewährung besitzen, zweifellos in der Lage gewesen wären.

**Auf den Weihnachtstisch**
**jedes Ostmärkers gehört der**
**„Ostdeutsche Heimatkalender"**

# Von den Polen in Deutschland.

## Zwei neue Polenzeitungen in Oppeln!

Der äußeren Entwicklung nach zu urteilen, scheint die polnische Minderheit in Deutschland einen Anlauf zu neuer Aufwärtsentwicklung nehmen zu wollen. Ob es diesen Bemühungen, die sowohl vom Polenbund wie von der Opposition gemacht werden, gelingen wird, neues Leben in die polnische Minderheit zu bringen, läßt sich nicht sagen. Auf jeden Fall verdient all das, was von seiten des Polenbundes und der oppositionellen polnischen Gruppen geschieht, die größte Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit. Während der Polenbund kürzlich mit der Eröffnung des Beuthener Gymnasiums einen beachtlichen Erfolg errungen hat und, hierdurch ermutigt, weitere Gymnasiumspläne in Allenstein verfolgt und seine Bemühungen um die Schaffung einer Zentralbank für die polnischen Genossenschaften weiter fortsetzt, sucht sich auch die oppositionelle Richtung zu konsolidieren. Sie hat bisher lediglich im „Glos Polski z Berlina" ein wöchentlich erscheinendes Organ besessen. Nun wird seit dem 1. Dezember in Oppeln ein neues polnisches Blatt herausgegeben, das dieser Richtung angehört, der dreimal wöchentlich erscheinende „Katolik Trzyrazowy". Dieses Blatt will die Tradition des früher in Beuthen erscheinenden „Katolik" fortsetzen, der im vergangenen Jahre zugunsten des in Oppeln erscheinenden Polenbundblattes, der „Nowiny Codzienne", eingestellt wurde und in dessen Gebäude jetzt das polnische Gymnasium untergebracht ist. Der neue „Katolik Trzyrazowy" trägt am Kopf den Wahlspruch des Zentrums „Für Wahrheit, Freiheit und Recht", nicht etwa, weil damit eine Interessengemeinschaft mit dem Zentrum bekundet werden soll, sondern im Gegenteil, weil sich der Hauptkampf dieser betont katholisch eingestellten Opposition in erster Linie gegen das Zentrum richtet. Nach Auffassung der Opposition hat nämlich der Polenbund, der im Fahrwasser der konfessionell mehr oder weniger indifferenten Pilsudskileute schwimmt, gerade im Kampfe gegen das Zentrum versagt. Das neue Polenblatt in Oppeln hofft dadurch, daß es das katholische Moment in den Vordergrund rückt, offenbar, das vom Polenbund verlorene Terrain innerhalb der westoberschlesischen Bevölkerung für die polnische Sache zurückgewinnen und vor allem auch einen Teil der katholischen Geistlichkeit dieser Provinz ins polnische Lager hinüberziehen zu können. So heißt es z. B. im Eröffnungsaufsatz des Blattes, unter den oberschlesischen Geistlichen befänden sich viele, „die ihren polnischen Parochianen freundlich gegenüberstehen, wenn sie auch an dem öffentlichen Leben außerhalb der Kirche nicht teilnehmen".

Vom 1. Januar ab soll in Oppeln noch ein weiteres polnisches Blatt herausgegeben werden. Es wird im Verlag der „Nowiny Codzienne" erscheinen, also ein Organ des Polenbundes sein. Es wird den Titel „Glos Pogranicza i Kaszub" („Stimme der Grenzmark und Kaschubei") tragen und sechsmal wöchentlich erscheinen. Wie der „Polak w Niemczech" („Der Pole in Deutschland"), das offizielle Zentralorgan des Polenbundes, mitteilt, wird dieses neue Blatt „dem in der Grenzmark gut bekannten Jan Langowski, dem Chefredakteur der „Nowiny Codzienne" unterstellt werden und in der Grenzmark eine Redaktionsfiliale besitzen". Das Blatt wird also an die Stelle des „Glos Pogranicza" treten, der bisher als Wochenbeilage des Allensteiner Polenblattes, der „Gazeta Olsztynska", erscheint. Im „Polak w Niemczech" wird diese Änderung u. a. mit folgenden Worten begründet: „... Im Einklang mit der Entwicklung des (polnischen) Organisationslebens in diesem Gebiete (der Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostpommern) bestand schon lange das Bedürfnis nach einer eigenen polnischen Zeitung für unser Volk, die dies Volk täglich über die Ereignisse in seinem Leben unterrichten und zu seinem Schutze dienen soll. Die Herausgabe der Zeitung „Glos Pogranicza i Kaszub" ist mit um so größerer Genugtuung zu begrüßen, als die Grenzmark und die Kaschubei dem Oppelner Schlesien (d. h. Westoberschlesien) sowohl näher stehen, weil diese Länder an Schlesien grenzen, als auch deshalb, weil die Posener Bevölkerung stets nähere Beziehungen zu Schlesien unterhalten hat, als zu dem entfernteren und unter etwas anderen Verhältnissen lebenden Ostpreußen. Angenehm ist hierbei die Erinnerung, daß das Oppelner Schlesien heute den (polnischen) Landsleuten in der Grenzmark ebenso hilft, wie einst unsere Landsleute im Posenschen viel für die Entwicklung der (polnischen) nationalen Tätigkeit in Schlesien getan haben." Das heißt also: Wie früher Oberschlesien von Posen her polonisiert worden ist, so sollen jetzt die Grenzmark und die Kaschubei von Oberschlesien her mit polnischem irredentistischem Geiste durchtränkt werden.

## Eine polnische Zentralgenossenschaftsbank.

Auf einer Tagung in Oppeln hat kürzlich der Vorstand des Verbandes der polnischen Genossenschaften in Deutschland beschlossen, eine Zentralbank der polnischen Genossenschaften zu gründen. Die Presse der polnischen Minderheit feiert diesen Beschluß als ein bedeutendes Ereignis und einen wesentlichen Fortschritt für die polnische Bewegung in Deutschland, da man sich von dem Bestehen einer solchen Bank eine kräftige Unterstützung der Genossenschaften und die Abwehr „feindlicher Angriffe" gegen die Genossenschaften verspricht. Mit Hilfe der Zentralgenossenschaftsbank hofft man, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich eine Reihe polnischer Volksbanken und Rolniks befinden, Herr zu werden.

Bei dieser Gelegenheit interessiert ein Überblick über den Stand der polnischen Volksbanken in Deutschland. Die Zahl der polnischen Banken beträgt 21, wobei bemerkt werden muß, daß es sich hierbei nur um die reinen Bankinstitute, nicht um die ländlichen Genossenschaften, handelt. 19 von diesen Banken entfallen auf die Grenzgebiete, und zwar befinden sich Volksbanken in Oberschlesien in Oppeln (zwei), in Ratibor, Beuthen, Gleiwitz, Groß-Strehlitz, Rosenberg, Cosel und Oberglogau; in Ostpreußen bestehen polnische Banken in Allenstein mit einer Filiale in Ortelsburg, ferner in Stuhm und Marienwerder; in der Grenzmark Posen-Westpreußen in Flatow, Zakrzewo, Neukramzig, Betsche und Groß-Dammer, weiterhin befindet sich noch eine polnische Bank in Bütow in Ostpommern. Die übrigen beiden Polenbanken in Deutschland sind in Berlin und Bochum. Die polnische Minderheit in Deutschland ist, wie die schwierige Lage der polnischen Volksbanken in Deutschland zeigt, nicht mehr in der Lage, aus sich heraus größere Mittel aufzubringen. Es ist daher nicht schwer zu erraten, aus welchen Quellen dieses neue Unternehmen finanziert werden wird.

## Abgewiesene Klage.

Die Schließung der Minderheitenschulen in Bomst und Krojanke sowie in Klonschen (Krs. Bütow) hatte zur Folge, daß der Verband der polnischen Schulvereine in Deutschland Klage beim Oberverwaltungsgericht erhob. Die Schließung erfolgte, weil die Schulen weniger als sieben Schüler aufwiesen. Der Verband der polnischen Schulvereine behauptete nun, daß für Schulen, für die ein Staatszuschuß nicht gewährt wird, solche Einschränkungen nicht gemacht werden dürften. (In Polen werden oft genug nicht einmal 40 bis 60 Kinder, in Dirschau 200 Kinder als genügend zur Errichtung einer Privatschule der deutschen Minderheit angesehen.) Das Oberverwaltungsgericht wies zunächst die Klage durch Vorbescheid als unzulässig ab. Der Verband stellte Antrag auf mündliche Verhandlung. Das Oberverwaltungsgericht erkannte jedoch auch in der mündlichen Verhandlung auf Abweisung der Klage. Nach dem geltenden Recht sei die Klage im Verwaltungsstreitverfahren nur zulässig, wenn sie durch Gesetzesvorschriften nach dem Landesverwaltungsgesetz ausdrücklich zugelassen worden sei. Für Fälle wie die Schließung oder Nichtgenehmigung von polnischen Minderheitenschulen komme das Verwaltungsstreitverfahren nicht in Frage.

## Polnische Werbemethoden.

Eine Frau K. aus Pestlin hatte bis vor kurzem ihr Kind in der deutschen Schule. Durch Anheirat ist sie polnische Staatsbürgerin geworden und braucht daher einen Paß. Nach ihrer Darstellung erschien nun am 9. November dieses Jahres der Sekretär des polnischen Schulvereins B. aus Stuhm in ihrer Wohnung und erklärte, „es sei eine Schande", daß sie ihr Kind noch nicht zur polnischen Schule angemeldet habe. Falls sie das nicht sofort veranlasse, werde er umgehend beim polnischen Konsulat in Marienwerder für Entziehung ihres Passes Sorge tragen. Sie würde dann in einigen Monaten von den Deutschen über die Grenze abgeschoben werden und könne später in Polen „wandern". — Diese offensichtliche Nötigung jagte der unerfahrenen Frau einen derartigen Schreck ein, daß sie tatsächlich ihr Kind sofort in die polnische Minderheitsschule ummeldete. Dabei ist hervorzuheben, daß Frau K. nur sehr mangelhaft Polnisch spricht und ihr jetziger Mann bereits seit 1907 hier arbeitet.

## Graf Sierakowski.

Nach einer Meldung des „Ilustr. Kurj. Codz." soll Graf Sierakowski, der ehemalige Vorsitzende des Polenbundes in Deutschland, seine Besitzung in Ostpreußen, die Herrschaft Waplitz, aufzugeben beabsichtigen. Die Herrschaft umfaßt 30 000 Morgen. Das Blatt bemerkt, daß der Verkauf des Gutes für das Polentum ein schwerer Verlust sein würde. Das Gut wird, wie jetzt mitgeteilt wird, am 2. Februar n. J. vor dem Amtsgericht Christburg zur Zwangsversteigerung kommen.

*

## Der kleine Grenzverkehr.

Pressemeldungen zufolge ist durch Notenaustausch die Geltungsdauer des am 30. Dezember 1924 abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über den kleinen Grenzverkehr, das am 31. Dezember d. J. abläuft, um ein Jahr verlängert worden. Es wird in der Presse darauf hingewiesen, daß dieser Notenaustausch die erste außenpolitische Aktion des neuen polnischen Außenministers Beck darstellt.

**Bis zum 20. Dez.** müssen Neubestellungen auf unser „Ostland" für das 1. Vierteljahr aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspr. für 3 Monate beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgeb.)

# Ostland-Kultur

**Beilage zum „Ostland", Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.**

Nr. 8. – 13. Jahrg. | **Nach Ostland wollen wir reiten!** | 16. Dezember 1932.

## Der polnische Aufstand in Posen.

Erinnerungen von Hermann Pischke.

### Einleitung.

In Posen ging das Sprichwort um: „Ohne Posen ist Polen dumm!" Das kennzeichnet die Rolle, die Posen in der polnischen Bewegung spielte. Es war der Kopf in der nationalen Aufbauarbeit. Ebenso hat es in dem polnischen Aufstande eine entscheidende Rolle gespielt. Das hat Pilsudski selbst mehrfach bezeugt. Und der schwärmt nicht gerade von Posen.

Posen ging auch aus dem Kriege noch als eine der reichsten und bestverwalteten Provinzen hervor, die an der Spitze der Abgabeprovinzen stand. Sie konnte noch große Leistungen auf sich nehmen, also auch einen Aufstand versorgen. Das machte sie für das Gelingen der polnischen Erhebung zum Kernlande. Von hier aus wurde ferner der Aufstand in Schlesien vorbereitet, ausgerüstet und geleitet. Auch die Agitation in West- und Ostpreußen ging auf die Posener Zentrale zurück. Posen war also nicht nur der Kopf des polnischen Aufstandes, sondern auch die Rüstkammer und Schatzkammer. Seine Bedeutung für das Gelingen der Erhebung kann bei seiner günstigen Lage gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Für uns Deutsche aber hat die Erinnerung an den Posener Aufstand etwas unsagbar Trauriges und Beschämendes. Hier wurde sofort vom Beginn der Revolution die Haltung der Männer des „neuen Deutschland" erprobt. Sie gab den Polen das Recht, sich gegenüber Deutschland *alles zu erlauben*. Die größten Demütigungen wurden schweigend hingenommen.

Von Posen ging ferner das System der Vertreibung aller Deutschgesinnten aus. Obwohl sie nicht voll durchgeführt werden konnte — die Feindbundmächte schoben in den Minderheitsverträgen einen Riegel vor —, stehen sie in ihrer Grausamkeit in der ganzen neuen Geschichte einzig dar. Sie haben mehr Menschenleben und mehr Wohlstand vernichtet als mancher Krieg.

Es ist darum verständlich, wenn sich in ostmärkischen Kreisen immer wieder der Wunsch erhebt, die Geschichte des Posener Aufstandes zu schreiben, ehe die Zeugen der Geschehnisse der Nasen deckt. Hin und wieder sind bereits Versuche unternommen worden. Sie sind bis jetzt an dem Zusammenbringen des Materials gescheitert. Das ist leicht verständlich. Und dennoch muß die Arbeit geleistet werden. Sie muß es, allem zum Trotz. Wenn heute eine Vorstellung der Totalität der Geschehnisse noch nicht möglich ist, so darf die Quellenarbeit und Teilarbeit aber keineswegs ruhen. Die Bausteine müssen zusammengetragen werden, solange sie noch für den Zugriff bereitstehen.

So habe ich mich denn unter dem Druck meiner ostmärkischen Freunde entschlossen, auch Hand an die Vorarbeiten zu legen. Was ich erlebt, gesehen und erfahren, will ich in losen Skizzen hinwerfen und der Öffentlichkeit übergeben. Ich hoffe, daß in manchem der Leser des „Ostland", der gleich mir jene traurigen Tage durchlebt hat, Erinnerungen wieder wachgerufen und beiseite gelegte Dokumente wieder Wert erhalten werden. Ich richte an sie die ebenso herzliche wie dringende Bitte, mir Mitteilung davon zu machen. Möglichst genau und eingehend. Auch das ist ein Dienst an der Ostmark. Ich verspreche, daß ich diese Mitteilungen gewissenhaft verwalten und verwerten werde.

Ich will den kommenden Berichten die Form persönlicher Erinnerungen geben. Durchaus nicht in freundlicher Selbsteinschätzung meines persönlichen Wertes, sondern weil das die bequemste und passendste Art der Darstellung eigner Erlebnisse ist. Mir wäre eine wissenschaftliche Darstellung, in der ich jede bedeutsame Behauptung mit Quellen belegen könnte, viel lieber. Sie ist mir jetzt nicht möglich. Es ist ferner noch nicht an der Zeit, alle Geschehnisse rücksichtslos preiszugeben. Das würde zuweilen an Landesverrat grenzen. Ich bitte darum Lücken zu entschuldigen. Wo die Gefahr nicht besteht, da soll kein Blatt vor den Mund genommen werden.

Doch woher die Wissenschaft?

Ich habe den Posener Aufstand an Ort und Stelle selbst erlebt, nachdem ich dreizehn Jahre in der Stadt Posen gelebt habe. Ich habe mein Leben bis zum 50. Lebensjahr ausschließlich im Zweisprachengebiete zugebracht. Als Gemeindeschreiber, Dorf- und Stadtlehrer, als Schriftleiter im Nebenberuf und Mitglied großer deutscher Organisationen bin ich in engste Fühlung mit Personen und Dingen gekommen, die mir für die Vorgänge im Osten die Augen öffneten. Ich habe natürlich auch wie mancher andere viel Material gesammelt. Der größte Teil davon mußte leider von mir vernichtet werden, da mein Fortzug unter sehr eigenartigen Umständen geschah. Vieles davon ist unersetzbar.

Übersehe ich das Trauerspiel im Osten, so erscheint mir der Ausgang durch drei Ursachen bedingt:

1. Durch den systematischen Aufbau einer polnisch-nationalen Bewegung und Organisation in der Schule der deutschen Kultur, zum Teil unter deutscher Mithilfe;
2. durch den Zusammenbruch nicht so sehr der Abwehrfronten im Felde als des völkischen Gefühls, des deutschen Staatsbewußtseins und des deutschen Gedankens in weiten Kreisen unseres Volkes;
3. durch einen unbegreiflichen Mangel an Entschlußkraft in den leitenden deutschen Stellen, die zuzeiten sogar die Form einer wohlwollenden Neutralität gegenüber den Polen annahm.

Wer immer die Geschichte dieses Aufstandes vom deutschen Standpunkte schreiben wird, der wird sie mit seinem Blute schreiben.

Ehe ich den eigentlichen Bericht beginne, ist es zum besseren Verständnis notwendig, die polnisch-nationale Organisation in Preußen in ihren Umrissen darzustellen. Die positive Aufbauarbeit beginnt mit der Begründung des Marcinkowski-Vereins in Posen im Jahre 1840. Was vorher liegt, sind Einzelunternehmungen, die auch bei anerkannter Kraftentfaltung scheitern mußten, weil die gründliche Vorbereitung fehlte. So blieb nach dem polnischen Aufstand, der sich in Kongreßpolen abspielte, auch in Preußen ein verarmter Grundbesitz übrig, der tief verschuldet ohne wirtschaftliche Reserven dastand und selbst die herrlichen Wälder der Revolution geopfert hatte. Er verlangte nach Ruhe und staatlicher Hilfe, um nicht unterzugehen. Der polnische Adel — noch immer der Führer des Volkes — war also für einige Zeit gelähmt. Da sprang der Posener Arzt Marcinkowski in die Lücke. Er gab den national-polnischen Bestrebungen eine völlig neue Wendung und schuf ein neues System der nationalen Arbeit auf lange Sicht. Als glühender Patriot hatte er an dem polnischen Aufstande in Kongreßpolen 1830/31 gegen das Verbot des Königs teilgenommen. Nach der Niederwerfung floh er mit deutscher Hilfe über Memel nach England und siedelte ein Jahr darauf nach Paris über. 1834 kehrte er nach Posen zurück und wurde wegen Landesverrats verurteilt, dann aber zu geringer Festungshaft begnadigt. Er hatte sich in Deutschland, England und Frankreich umgesehen und die niedergehende Kraft des Adels erkannt. Er war ein Feind der gewaltsamen Auseinandersetzungen ohne gründliche Vorbereitung. Das Beispiel der Erhebung Preußens war ihm ein lehrreiches Muster. Im Stillen Kräfte sammeln, Tag und Nacht an der Vorbereitung arbeiten und in voller Ruhe die gute Gelegenheit abwarten, das wurde ihm die Vorbedingung für eine erfolgreiche Erhebung. Wo aber fand er die Träger und Kämpfer für seine Idee? Den Adel hielt er dafür für ungeeignet. Er sah seine sinkende Macht. Auf diesen niedergehenden Stand konnte er nicht die Zukunft bauen. Dagegen hatte er in Deutschland, England und Frankreich die aufstrebende Macht des Bürgertums kennengelernt. Das war der Stand der Zukunft. Ebenso erkannte er die kräftewerbende Bedeutung der Selbst-

### Deutsche Heimat.

**Wo die silberhelle Warthe**
**Und die Weichsel rauscht und rinnt,**
**Wo der Morgen rosenzarte**
**Schleier um die Fernen spinnt,**

**So weit Feld und Wald sich runden,**
**Die der Himmel weit umspannt,**
**Klang der Heerruf der Burgunden**
**Und der Goten durch das Land.**

**Nie vergessen sollst du, Knabe,**
**Daß aus ihrem Blut du bist;**
**Und in Herz und Hirn dir grabe,**
**Daß dies Land dein Erbe ist.**

**Heilig soll das Vätererbe,**
**Heilig dir die Heimat sein,**
**Atme tief in dich die herbe**
**Luft der braunen Scholle ein.**

**Was auch immer sei und werde**
**Und im Schoß die Zukunft trägt:**
**Männer braucht die Heimaterde,**
**Wenn die Freiheitsstunde schlägt.**

**Halte fest an deiner Scholle!**
**Darauf gib mir deine Hand. —**
**Dann mag kommen, was da wolle:**
**Deutsch bleibst du und deutsch das Land.**

Friedrich Karl Kriebel.

verwaltung nach den Steinschen Reformvorschlägen. Auf diese Erkenntnis begründete er sein System. Aber in den ehemals polnischen Landesteilen gab es noch kein beachtliches Bürgertum, das Träger einer Selbstverwaltung sein konnte. So ging er daran, es zu schaffen. Zu diesem Zwecke begründete er 1840 den „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend". Durch ihn sammelte er Geld, woher er es nur bekommen konnte, und verwandte es zur Ausbildung begabter Schüler, durch die er langsam einen gebildeten polnischen Bürgerstand heranbilden wollte, der Träger seiner Ideen und der nationalen Befreiung sein sollte. Der Verein überzog zunächst die Provinz Posen mit einem Netz von Mitgliedern, Gönnern, Pflegern und Betrauten, die zugleich eine zuverlässige Gemeinschaft zur Pflege der polnischen Belange bildeten. Bis zum Kriege waren in der Provinz weit über 10 000 Schüler für die polnische Sache herangebildet, in bedeutsame Lebensstellungen übergeführt und im national-polnischen Sinne geschult worden. Seine Ziele wußte Marcinkowski der deutschen Öffentlichkeit geschickt zu verhüllen. Darum zog er den Verein paritätisch auf. Die Führung gab ihm die Sicherheit, daß die Arbeit in seinem Sinne geleistet werden würde. Sein ganzes System ging darauf aus, die deutsche Bürgerschaft sowie die Einrichtungen des Staates zu seinen Zwecken auszunutzen. Das ist ihm gelungen. Der Oberpräsident überwies dem Verein einen jährlichen Beitrag von 50 Thalern. Das Ministerium in Berlin wandte ihm seine Gunst zu und gewährte ihm bis 1860 hin Portofreiheit. Dann tat Marcinkowski einen zweiten Schritt. Er stand innerlich der Kirche fern. Er hat auch im Angesichte des Todes ihre Betreuung zurückgewiesen. Er erkannte aber die große Bedeutung der polnischen Geistlichkeit für seine Zwecke. Es gelang ihm, das Konsistorium und den Erzbischof von Posen zu gewinnen. Oktober 1841 kommandierte der Erzbischof Dunin die Geistlichen seiner Diözese in dem Verein hinein und verpflichtete sie zur Mitarbeit und zu laufenden Beiträgen. Damit wurde die in der polnischen Welt wirksamste Macht, die eine fast unangreifbare Stellung innehat, dem Verein dienstbar gemacht. Zugleich aber wurde die Geistlichkeit dadurch politisiert und trat von jetzt ab nicht nur in die Schule der polnischen Politik ein, sondern auch führend in die polnisch-nationale Arbeit. Damit hatte Marcinkowski das Rückgrat für die polnische Bewegung geschaffen. Sie trat unter eine unkontrollierbare, fast unsichtbare und dabei allerwirksamste Leitung. Auch für die körperliche Erziehung verlangte Marcinkowski Schulung der polnischen Jugend in körperlichen Übungen und in dem Gebrauch der Waffen, empfahl aber als beste Ausbildung die Schulung im preußischen Heere. Seine ganz besondere Sorge galt auch der wirtschaftlichen Hebung der Polen. Hier kam er auf das Genossenschaftswesen. Die preußische Regierung hatte in Posen für die Unterstützung des polnischen Großgrundbesitzes ein zinsfreies Darlehn von 200 000 M. gegeben und einen landschaftlichen Kreditverein gründen helfen. Das reichte in der Not der Zeit nicht aus. Marcinkowski gelang es, die preußische Regierung zur weiteren Bewilligung von Bankgeldern in Höhe von 11 Mill. Thalern zu bewegen. Ein Teil der Gelder machte sich bald darauf in dem polnischen Aufstande von 1846—1848 bemerkbar. Weitere Genossenschaftspläne Marcinkowskis kamen nicht vorwärts. Der Gedanke der gegenseitigen Hilfe war aber aufgeworfen und lebte fort und führte später zu dem geschlossenen und umfassenden Aufbau eines blühenden polnischen Genossenschaftswesens zwar nach deutschem Muster, aber in polnisch-nationalem Sinne. Als der Krieg ausbrach, verfügten die Polen über ein lückenloses und wohlfundiertes System von Volksbanken, Gewerbebanken, Ein- und Verkaufsvereinen, Bauern- und Handwerks- und Arbeitervereinen, die allesamt zwar paritätisch und unpolitisch aufgezogen, in Wirklichkeit aber Schulungsstätten in national-polnischem Sinne waren. Es dürfte wohl schwerfallen, eine genossenschaftliche Vereinigung aufzufinden, in der nicht ein polnischer Geistlicher seine Hand im Spiele hatte. Sie kamen aus der großen Schule der Überlieferung der katholischen Kirche, mit ihr verbanden sie Zielsetzung der polnisch-nationalen Bewegung. Unbeirrt von Erfolgen oder Verlusten zog ihr Geist unkontrollierbar und doch höchst wirksam durch den nationalen Aufbau des polnischen Gemeinwesens, immer bestrebt, die polnischen Volksteile von den deutschen scharf abzusondern, das Feuer in der Stille zu schüren, dabei stets die letzten Ziele vor der Öffentlichkeit zu verhüllen und den Unparteiischen zu spielen. Das Bewundernswerteste aber, was dieses System hervorgebracht hat, war die Führerauslese. Die Leitung war überall bestrebt, in allen Zweigstellen den Tüchtigsten und national Zuverlässigsten an die Spitze zu stellen. Fortan nahm er an den größeren Tagungen teil, kam mit den letzten Ideen der Organisation in Berührung und hatte Gelegenheit, sich zu schulen und seine Kräfte am höheren Arbeiten zu erproben. Wer was konnte, kam vorwärts. Herkommen und Vorbildung spielten dabei eine kleine Rolle. Dabei wurden die Fähigen geschickt auch in eine Reihe von Organisationen anderer Richtung gebracht, um ihre Kenntnisse zu erweitern, den einheitlichen Geist zu pflegen, vor allem aber schädliche schriftliche Anweisungen unnötig zu machen. So mußte der deutschen Behörde vieles verborgen bleiben, und für Vermutungen waren Belege nicht zu finden. Es waren die Schliche der Verschwörung geschickt in wirtschaftliche Organisationen eingewoben und der polnisch-nationalen Idee dienstbar gemacht. Was waren es denn für Leute, die durch diese natürliche Auswahl an die Spitze kamen? Lehrer, Handwerker, Kaufleute, Schriftleiter, Ärzte, Rechtsanwälte, Geistliche und dergleichen. Als aber der Aufstand kam, stand an jedem hervorragenden Posten ein Mann, der auf vielen Instrumenten spielen konnte. Auch ein Nationalschatz für kriegerische Verwicklungen, der in der Schweiz hinterlegt war, und Organisationen, die für die Erhebung gedacht waren (Sokol und Straszj), fehlten nicht.

Ludwig Bernhard, früher Professor an der Akademie in Posen, hat in seinem sehr wertvollen Buche „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat" die leitenden Personen in dem polnischen Genossenschaftswesen als „Zentralgewalt" der Polen bezeichnet. Er sieht in ihnen die polnische „Regierung". Ganz mit Recht, denn, indem sie den wirtschaftlichen Einrichtungen vorstanden, lenkten sie zugleich die polnische Bewegung. Es konnte nichts Wesentliches ohne ihren Willen geschehen. L. Bernhard bezeichnet elf Posten als diese Vorzugsstellen.

Darüber hinaus aber bestand fast im Verborgenen noch ein engerer Kreis für die politische Leitung, in dem alle Fäden zusammenliefen. Beobachter der polnischen Volksbewegung bezeichneten als ihren Sitz die Dominsel. Vorkommnisse während des Aufstandes und nach ihm machten den Domherrn Kloß und den Prälaten Adamski erkenntlich. Das war gewissermaßen das unsichtbare Ministerium, dessen Spitze — ebenso unsichtbar und durch den Schleier seiner hohen Würde doppelt verdeckt — der Erzbischof war. Was dort vor sich ging, kann nur von polnischer Seite erschlossen werden. Für die Deutschen schweigt jeder Bericht. Nur Tatsachen reden.

Diese Rückschau darf aber nicht abgeschlossen werden, ohne den *großen Rahmen anzudeuten, in dem die Posener polnischen Bestrebungen* erschienen. In Preußen sorgte der Marcinkowski-Verein dafür, daß seine Jünger auch in Oberschlesien, Westpreußen, Ostpreußen, ja auch im Rheinlande Lebensstellungen fanden und die Organisations- und Polonisierungsarbeit aufnahmen. Von Jahr zu Jahr wurden die Verbindungen verstärkt, bis die Einheitlichkeit der Bewegung gesichert war.

Ebenso bestand eine stete Verbindung unter den polnischen Führern der Teilgebiete Rußlands, Österreichs und Preußens. Sie beruhte auf persönlicher Kenntnis, gemeinsamen Beratungen und Auswechseln der Gedanken in Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern und Geheimschriften. Die Führer waren sich wohl in dem einen Ziele: Wiedererrichtung des Reiches Polen, einig, im übrigen bewegten sie sich zwischen großen Gegensätzen. Das hinderte sie aber nicht daran, daß sie z. B. im Jahre 1877, als der Balkankrieg drohte, eine polnische Nationalregierung aus allen drei Teilgebieten in Wien bildeten, die auch die Aufstellung eines Heeres beschloß. Wenn auch dieses Unternehmen jämmerlich zusammenbrach, so sorgte die Verbindung der Führer weiterhin doch dafür, daß die Leitung über die Stimmung der Teilungsherrschaften im ganzen ausgezeichnet unterrichtet waren. Es kann darum gar nicht wundernehmen, daß sie den Krieg der Entente gegen Deutschland in aller Klarheit kommen sahen und Vorbereitungen trafen. Man tastete die späteren Feindbundländer vorsichtig und eingehend ab. Ihre spätere Haltung verrät, daß sie dabei ermutigt worden waren. So traf die Kriegserklärung die nationalpolnische Bewegung wohlvorbereitet, wohlunterrichtet und zum Eingreifen bereit an, und das hatte zur Folge, daß mit ihr auch zugleich die polnische Frage aufgeworfen wurde. (Fortsetzung folgt.)

---

# *Das schönste deutsche Gedicht.*

Zugegeben, daß die Überschrift eine Art Anmaßung ist, so setze ich sie doch hin, weil ich, in dieser knappen Darlegung, den Leser zum innigen Durchfühlen des Gedichts gewöhnen möchte.

Viele werden sagen: Das schönste deutsche Gedicht hat Goethe, Eichendorff, Mörike, Hölderlin usw. geschrieben. — Für mich persönlich wurde das „Wiegenlied bei Mondschein zu singen" von Matthias Claudius zum stärksten Erlebnis in der ganzen deutschen Dichtung. — Immer kommt's mir über die Lippen, wenn ich auf nächtlichen Mondscheinstraßen gehe. Und wenn ich's vor mir hersage, dann ist mir's immer, als ob Gott meine Seele berührte.

Jetzt müßte ich eigentlich das Gedicht hierherschreiben, aber ich tue es nicht. Ich wäre beglückt, wenn derjenige, der meine Ansicht liest, sich seinen Claudius aus dem Bücherschrank holt und das Gedicht selbst erlebt. Vielleicht hat er sogar einen ganz zerlesenen Claudius; einen, der durch seine Familie vererbt worden ist, so wie man Kronen vererbt und Jahrhunderttaler. — Dann, lieber Leser, dann wollen wir uns um das Licht des Wandsbeker Boten setzen wie Geschwister und wollen uns von der Festlichkeit seiner Seele durchleuchten lassen. —

Das schönste deutsche Gedicht verbirgt auf den ersten Blick alle seine Wunder. Erst wenn man sich ganz in diesem Gedicht verloren hat, wenn es ganz in das Blut geflossen ist, dann liebt man das Gedicht mit voller Seele, dann wird man von diesem Gedicht festlich wiedergeliebt. —

Traulich geplaudert, singsangend, mondmärchenhaft, hat es Claudius hingeschrieben. Der Mund einer Mutter flüstert die Verse wie ein tiefes Geheimnis in das Kinderohr. Man fühlt, wie Urlicht aus dem Mutterherzen strömt, wie es an zu singen fängt, wie Unsagbares spricht, ewige Quellen rauschen und Himmel und Erde sich miteinander liebkosen. Um die Mutter herum fängt die Welt fromm an zu atmen. Und der Mond steht in seliger Andacht.

O Gott, wie schön, wie ewig schön ist doch dieses Gedicht!

**Max Jungnickel.**

## Die Russenkiste. Skizze von Gerhard v. Gottberg.

Nur der alte Krug steht noch im Dorf, sonst wurde alles wüst und zu Trümmerhaufen. Und nun ist Friede geworden, die siebenjährige Kriegsfurie vertobte. Aus halbverschütteten Mauerecken und Walddickichten sind vergrämte, abgezehrte Bewohner zurückgekommen. Zehn Männer, an die dreißig Witwen und fast noch mehr Vollwaisen.

„Es ist Friede geworden!" sagt der junge, vernarbte Grenadier, der vor Wochen sich im Dorf einfand und eine besitzlos gewordene Büdnerei in mühseliger Kleinarbeit aufrichtet, das Gartenland umsticht und die zerspellten Obstbäume mit Harz zu erhalten sucht. Aber man glaubt's ihm nicht. Die Menschen sind wie scheue Tiere, die vor jedem Fremden flüchten; die Menschen sind wie Schlafwandler ohne Bewußtsein vom Ich; die Menschen sehen um sich berghohe Arbeit und fordernde Aufgabe und haben doch keinen Mut und keine Kraft mehr. Sie essen Rindenbrot und Nesselbrei, fragen nichts mehr und tun nichts mehr.

Doch ist es heute anders im Trümmerdorf. Eine Kunde flog von Hausung zu Hausung, die alle Bewohner aus Schwäche und Willenlosigkeit erweckte. Jähe Gier schlug in erschlaffte Gehirne.

Der lange, einstige Dorfschmied Ramelow hat beim Pilzesuchen im Buschdreieck eine Eisenkiste gefunden. Dort war der Russen großes Lager, ehe König Friedrich sein Zorndorf schlug. Und in dieser Kiste, die man noch nicht aufbekam, klirrt und wirbelt es. „Gold!" raunt einer. „Dukaten!" der zweite! Scheel flackert's in den Augen aller. Sie schleppen die Russenkiste zum Dorfkrug. Draußen stauen sich die hohläugigen Weiber und abgezehrten Kinder. Drinnen stehen die zehn Männer des Dorfes, unter ihnen der Wirt und jener junge Grenadier.

Will einer die Axt heben, die Kiste aufzuschlagen, fallen andere ihm in den Arm. Habgier ist aus Nichtstun geworden, Haß aus Entnervung, Neid aus Hunger. Der schwarze Ramelow hat das Beil gehoben: „Ich schlag' die Truhe ein. Wer gegen ist, den soll der Satan spalten!" Doch der untersetzte Müller, dessen Mühle ein Trümmerhauf wurde, grollt auf: „Dorfgut ist der Fund. Uns allen gehört's. Das Buscheck war Gemeindeangerl" Sie stimmen ihm bei, sie murren. Der Wirt will vermitteln, doch Ramelow schwingt das Beil wie eine Keule zum Schlag. Draußen kreischen die Weiber. Sie sehen und hören nicht, was sonst vorgeht, in ihren Blicken nistet dieselbe Gier, in ihren Hirnen langjährige Arbeitslosigkeit. Und einstmals war hier das arbeitsamste Dorf, wurde gewerkt vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung — bis der Krieg kam in seiner Endlosigkeit. Und sie merkten nicht, daß hinter ihnen eine breitbauchige Kalesche hält, aus der ein gebeugter Mann mit Dreispitz und Krückstock steigt. Ihm folgen zwei Männer in der Offiziersmontur der Potsdamer Garde. Der Fremde steht und lauscht, dann stapft er ins Haus.

Drinnen ist der Haß einer Dorfschaft entbrannt, drinnen steht die Truhe, die da klirrt und besticht. Der junge Grenadier, den sie Kortes nennen, ist zwischen die Streiter gesprungen, wirbelt den Eichknüppel, hat eine Stimme wie der Marschall Schwerin bei Prag: „Friede im Dorf! Wollt ihr den Krieg der Völker weiterspinnen im eigenen Blut? Ihr, die ihr zusammengehört auf Treu oder Verderben? Verflucht sei eure Gier! Diebe seid ihr, wenn ihr die Kiste brecht. Königsgut ist der Fund nach Preußenrecht. Nicht ihr oder ich — nicht Ramelow oder Müller — dem König gehört Kriegsbeute, dem Finder nur die Prämie."

Jäher, die Augen verdunkelnder Haß peitscht gegen den Sprecher. Ein jeder will Anteil am Fund, und nun kommt der Fremde und will sie alle berauben, eines Gesetzes wegen, das doch in sieben Kriegsjahren zerbarst und dem Faustrecht Platz gab. Einer packt den Grenadier am Halse: „Verflucht ist dein Friede, verdammt dein Gesetz!" Messer blitzen.

König Friedrich stößt den Dreispitz auf den Kopf, sein Krückstock dröhnt: „Was geht hier vor?"

Sie treten zurück. Ein Raunen ist draußen ... der König!

Friedrich wendet sich an den Grenadier: „Erzähl Er!"

„Halten zu Gnaden, Majestät! Der schwarze Ramelow fand eine Kiste heut' beim Dorfanger. Sie klirrt nach Gold. Die Russen haben alles verbrannt und nur den Hunger uns zurückgelassen. An Friede glaubt man nicht; denn was wär' Friede ohne Brot und ohne Arbeit! Nun hat die Russenkiste allen den Kopf verwirrt — und um die Beute, die dem König gehört, geht böser Streit."

Der König schweigt, sieht den Kreis der breitschultrigen Männer, denen Entbehrung und Not sieben lange Jahre ihren Stempel gaben. In Friedrichs Stimme trifft ein weicher Nachklang: „Man schlage die Kiste auf. Enthält sie Gold, dann sei sie euch zum Aufbau übergeben. ‚Jedem das Seine' steht auf meinem Preußenorden, das sei euch gleiches Recht!" Ramelow kann die Faust nicht mehr halten. Sein Beil hackt aufs Eisen. Fünf, sechs Schläge, dann bricht das Schloß. Der Grenadier beugt sich nieder, der Deckel kracht zur Seite. Zween einfache Altarleuchter, ein Taufbecken und eine Bibel sind der Inhalt. Mit raschem Griff reicht man dem König das alte, schwarze Buch. Friedrich schweigt, blättert drin, sieht Aufzeichnungen und Daten des gemordeten Pastors über Taufen und Tod dieser Gemeinde, findet einen Zettel, den jene zitternde Hand beschrieb: „Betet und arbeitet!"

Es ist totenstill im Kreis: gedrückt stehen die Männer, die Gier erstickt unter Schamgefühl. Sie sind ja Preußen, arbeitsharte Bauern, denen Not und Elend nur den Sinn verwirrte. Friedrich sieht die Männer mit langem Blick, liest den Zettel laut vor: „Betet und arbeitet. Leute! Das war der beste Fund eures Dorfes. Lernet von diesem Schatz!" Und dann, zu dem Grenadier gewendet: „Er scheint ein braver Bursch, ist von Stund an mein Amtsverwalter. Für jeden Mann des Dorfes hol Er vom Königlichen Amt des Kreises an 20 Metzen Saatgut, ein Pferd und eine Kuh, für jede bauwillige Faust so viel Holz aus meinem Forst, wie ihr benötigt. Ich komme wieder . ." Des Königs Augen haben seltsamen Glanz. „Dann will ich ein Dorf der Arbeit finden und Mut und alten Preußenschlag!" — — —

In einem Dorf im Osten beginnt eine Kirchenchronik mit folgenden Sätzen: „Das alte Kirchenbuch nahm uns der Russe, doch unsere Bibel blieb. Ein Neues hebt an auf des Königs Befehl, der wegen der Russentruhe, die dem Dorf zum Segen wurde, einen Streit geschlichtet. ‚Bete und arbeitet' meißelten wir itzo vor unser neues Kirchenhaus, damit es den Enkeln noch zum Führer, dem König zur Freude sei. Anno 1765!"

## Adventserlebnis. Von Louise Brüggemeyer.

Ein eisiger Nordwind fuhr pfeifend durch die hohen Bäume des Berliner Tiergartens. Fern und kalt standen die Sterne am Himmel.

Wir schritten rasch und fröstelnd aus dem Dunkel in die Helle der lauten Straßen, die uns sogleich in die Wogen ihres brausenden Verkehrs aufnahmen. Vor einem hohen Mietshause hielten wir inne. Ein dunkler Hof, von Mauern rings umschlossen, führt zum Hinterhause. Steile Treppen — schlecht erhellt — tasten wir uns empor — bis endlich im 4. Stock an schmaler Tür das gesuchte Namensschild der alten Künstlerin aufleuchtet. Sehr behutsam läßt mein Begleiter — der junge Dichter — die Türglocke anschlagen.

Der Schein eines matten Lämpchens kommt aus dem Dunkel des Flurs durch die Türscheibe auf uns zu, ein leichter Schritt — und nun steht im Türrahmen die kleine Gestalt der Künstlerin, deren Bücher mit den feinen Scherenschnitten längst den Weg in alle Welt fanden, die selber aber, ganz abseits dem lauten Leben, hier oben in ihrem Atelier ihr stilles Leben führt. Ihre Augen, die soviel Wunder erblickten im geheimnisvollen Spiel von Licht und Schatten, sind matt geworden, kaum erkennen sie den jungen Freund und mich. Doch dann ist's ein so gutes Freuen, daß uns das Herz sogleich warm wird und wir wie große, erwartungsvolle Kinder dem Schein des kleinen Lämpchens folgen, das sie uns den langen Gang voranträgt. Die Ateliertür tut sich auf — und wir sind einmal wieder mitten aus dem Alltag ins Märchenland gekommen.

Tannen und Zweige in reicher Fülle in Schalen und Krügen ringsherum, Dornengerank, Aloe und Schneebeeren, dazwischen an den Wänden die Scherenschnitte. Im flackernden Licht scheinen sie ein seltsam lebendiges Leben zu führen.

Es ist nicht warm im Raum — die Eisblumen an den Scheiben vermag die schwache Glut des Herdes kaum zu lösen. Am Arbeitstisch steht der Sessel, wir hüllen die zarte Gestalt der Künstlerin rasch in ihre Decken und löschen das Lämpchen, dessen Schein den kranken Augen wehe tut. Rein und klar kommt das Mondenlicht durch die Scheiben, fällt breit über den Arbeitstisch, wo Schere und Papier noch liegen. Der sinkende Tag nahm sie der Meisterin aus den Händen. Die Worte gehen leise und gut zwischen uns Dreien hin und her, wir hören das feine Knacken in den Zweigen ringsum, atmen den Tannengeruch, und Berlin — das laute — ist uns ganz versunken.

Kichert nicht „Wichtelmann" von jenem Bilde, da er unter einer großen Tannenwurzel Unterschlupf vorm Regen fand? Hebt nicht ein leises Wehen das Rosengeranke um „Dornröschen"? Wir horchen in die Stille, und ich sehe auf die Hände der Frau die soviel „Wundervolles" gestalteten. Sind nicht trotz Kälte und Einsamkeit die Zauber aller guten Märchen um sie gesponnen? Die Hände halten einen Scherenschnitt, das Mondlicht fällt hell darüber: ein Tannenbäumchen ist's, ein junges, das kraftvoll und kerzengerade sich aufreckt ins Licht, das Wachsenwollen drängt aus allen seinen Zweigen, es will und muß empor zum Sonnenlicht — aber mit Hunderten von feinen und feinsten Wurzeln hält es sich fest ans Erdreich geklammert: „Zum Licht und in die Tiefe" steht drunter geschrieben.

Über die Dächer kommt durch die Luft das Schwingen von fernen Glockentönen. „Sie läuten den ersten Advent ein!" sagt die gute, leise Stimme. Erstes Weihnachtsahnen rührt uns an.

Und mit einem Male sind unsere drei Augenpaare ineinander, und ob wir's nur denken, ob's einer sagt, das Wort steht mitten unter uns: „Deutschland". Der junge Dichter, dem das bittere Weh um die entrissene Heimat im Osten im Herzen brennt, hat ein hartes Gesicht bekommen. Ein blondes, ein braunes Kinderköpfchen neigt sich in meine Gedanken, und sorgende Zukunftsfrage steigt auf.

Die Künstlerin hat das Blatt mit dem jungen Tannenbaum aufgestellt. Wir sehen es lange, lange an, und die Worte sind um uns in dem Tönen der Adventsglocken: „Zum Licht und in die Tiefe." Wir atmen auf, tief und wie befreit. Es ist neue Kraft in uns und ein helles Leuchten. Ergriffen umfassen wir die Hände der Künstlerin.

Des kleinen Lämpchens Schein geleitet uns hinaus auf den Flur. Im letzten Tönen der Glocken steigen wir die steilen Treppen hinab.

Lärm — eisiger Wind — grelles Licht sind wieder um uns. Uns kümmert das nicht mehr. In uns ist das helle Leuchten und im Herzen das eine tiefste Wissen, der heißeste Glaube: Deutschland!

# Kulturpolitisches Merkbuch.

## Erster Schnee.

**Das ist ein Faltern, weiß und wirr,**
**von aber tausend Schmetterlingen.**
**Ein Stoßwind schnappt im Frostgeklirr**
**nach ihren weichgezackten Schwingen.**

**Nun liegt, bestürzt von lichtem Schreck,**
**die Erde rings und atmet zager.**
**Die letzte Fliege im Versteck**
**bereitet fahl ihr Sterbelager.**

**Nun muß der Hase, der's verschlief,**
**die grelle Kristerstreu durchbahnen.**
**Die Tanne beugt sich, schwer und tief**
**lastet der Schnee wie Weihnachtsahnen.**

**Und Brett und Brunnen, Stein und Strauch**
**sind wie zur Messe weißbehemdet.**
**Aus derdem Schorn klimmt zart ein Rauch,**
**flutzt, äugt umher und friert befremdet.**

**Arnold Krieger.**

## Volk soll Nation werden.

Von Dr. **Georg Schmidt-Rohr**, Frankfurt a. O.

Aus dem grundlegenden Werke zur Volkswesenskunde: „Die Sprache als Bildnerin der Völker", Eugen Diederichs-Verlag in Jena (vgl. unsere Besprechung in Nr. 7 der „Ostland-Kultur").

Volk soll Nation werden, denn in dieser Entwicklung liegt die Gewähr für eine als Gesellschaft befriedetere Menschheit. Eine Gesellschaft von Völkern ist grundsätzlich duldsamer gegeneinander als eine Gesellschaft von Staaten.

Volk soll Nation werden, denn aus der klaren Entfaltung der Völker zu Sonderpersönlichkeiten erwachsen für alle Einzelkulturen und damit für die Menschheit die stärksten und schönsten Entwicklungsmöglichkeiten.

Volk soll Nation werden, denn die besten Entfaltungsmöglichkeiten findet der einzelne Mensch in hochentwickelten Volkstümern, wie sie nur aus der gegenseitigen Befruchtung vieler Volkstümer von Sonderprägung entstehen können.

Volk soll Nation werden, denn seine Persönlichkeitsentwicklung ist erst vollendet, wenn es zur Selbstbesinnung und zum Selbstbehauptungswillen gekommen ist. *Die schlafenden Volkstümer sind Gemeinschaftsgebilde niederer Entwicklungsstufe gegenüber den erwachten, den Nationen.*

Volk soll Nation werden!

In dieser verbesserungsbedürftigen Welt hat die Pflicht zur Selbstaufgabe des Einzelmenschen für das Volksganze, für das Seelentum der noch ungeborenen Lebensträger der eigenen Seele, edelste Tugend in großen Heeren verbluten lassen.

Selbst wenn diese im Letzten getreue Liebe zum Volksbruder nur eine romantische Illusion wäre, die sittliche Größe des Heldentums der Schlachtfelder kann nur von Lumpen verkleinert werden. Niemand hat größere Liebe, denn daß er sein Leben lässet für seine Brüder, und hielte er sie auch nur infolge eines Wahns für seine Brüder.

Aber die Liebe zum Volksbruder ist in Wahrheit mehr als der leere Gruppenwahn einer bloßen Achselklappenverbundenheit. Die Bereitschaft, sich für das Volk hinzugeben, ist die höchste menschliche Tugend überhaupt. Für die körperliche Familie kämpft auch das Tier, kämpft die Tiermutter gegen einen an Kräften überlegenen Angreifer. Für eine geistige Familie kämpft nur der Mensch, und hier entfaltet er sein höchstes Menschentum. Unter dieser Sonne gibt es nichts Größeres und Herrlicheres, als wenn ein Mensch seine Bestimmung erkennt, verantwortlicher Träger der Fackel des Geistes zu sein, Teil zu sein, das sich erst im Dienst an einer größeren, bedeutsameren Einheit vollendet. In ruhiger Klarheit bringt er sich für das Leben dieser Gemeinschaft selbst zum Opfer, wagt er seinen Körper für seinen Geist.

Volk soll Nation werden!

## Buchbesprechungen.

### Ein neues Buch von Johanna Beckmann

ist immer eine Freude für jung und alt, und besonders, wenn es zu Weihnachten kommt. Nicht wahr, die meisten sind — irgendwie — unzufrieden. Und nun schenkt uns die feine, stille Meisterin des Scherenschnitts ein Buch „Vom Zufrieden-Werden" (Stiftungsverlag, Potsdam). Zufrieden werden — das kann man nur, wenn man für eine Stunde zurückfindet ins Kinderland, in die ihm eigene Welt der Schmetterlinge, Bäume, Gräser, Elfen, Vögel, Pilzmännchen, Nixen, Wurzelgeister, wenn man diese beständige Welt für wahrer ansieht als die wechselnde um uns her — und wenn man dann, gestärkt durch solch Ruhen, mit neuer Kraft in den Tag, den Alltag schreitet. So herzlichen Dank für die Neuauflage, die 5. schon dieses Buches, das mit seinen vielen Schnitten und feinen Versen nur 5 Mark kostet und ein kostbares Geschenk ist.

„Es wolle uns hüten auf Erden
Das Licht mit seiner Macht,
Daß wir zufrieden werden
In jeder dunklen Nacht."

### Eine „Weltliteratur im Umriß"

hat unser Mitarbeiter, der aus Danzig stammende Hochschulprofessor Dr. Waldemar Oehlke (bei Ernst Hofmann, Darmstadt) erscheinen lassen (2,50 RM., gebd. 3,50 RM.), ein handliches Werk von etwa 150 Seiten, das anschaulich, wie im Fluge, durch Zeiten und Länder führt, vom Altertum zur Gegenwart, von den fernsten Kontinenten bis zu den Völkern an Deutschlands Grenzen, auch zu Polen. Erfreulich ist, daß im Zusammenhang mit der polnischen Literatur Prof. Oehlke auch unser „Ostland" als gut orientierend für das deutsch-polnische Grenzgebiet erwähnt. Wer nicht die Zeit für umfangreiche Studien (und auch nicht das Geld zur Anschaffung größerer Literaturgeschichten) hat, findet in diesem Buch einen guten Führer durch ein sonst nicht leicht zugängliches Gebiet.

*

In dem Buch **„Polen, Preußen und Deutschland"** weist Dr. Friedrich Schinkel auf eine Tatsache hin, die bei der Bewertung der polnischen Frage sehr selten zum Ausdruck kommt, daß nämlich die polnische Frage als ein Problem der preußisch-deutschen Nationalstaatsentwicklung anzusehen ist. Je mehr die preußische Staatsidee an Geltung verlor, je mehr „Preußentum" als reaktionäres „Ostelbiertum" angegriffen wurde, desto stärker mußte das Polentum Raum gewinnen. Die Abkehr von dem wesenhaften Preußentum, dem wir die stärksten Persönlichkeiten der deutschen Geistes- und Staatsgeschichte verdanken, hat also den Raub der Ostmarken und die Not der Gegenwart mit verschuldet. Die Folge? Wird man den Mut haben, sich zum preußischen Geist zu bekennen, vorausgesetzt, daß man auch die Kraft hat, innerlich zu ihm zurückzufinden? — Ohne in jeder Einzelheit dem Buch beizustimmen, wünsche ich es in die Hände aller, die über die Polenfrage reden und schreiben; es ist eine sehr ernst zu nehmende Schrift, durch deren Veröffentlichung sich der Verlag W. G. Korn in Breslau ein Verdienst erwarb.

Die Ostpreußin Else Erbe-Lyck, der wir in der „Ostmärkischen Frau" Raum für eine kurze, lebensvolle Selbstbiographie zur Verfügung gestellt hatten, schenkt uns ein neues Buch aus ihrem Notland: **„Der Letzte und die Eva"** (B. Behrs Verlag, Berlin). Ein Roman, der keine Erdichtung, sondern wirkliches Leben in seinen Tiefen und Höhen gibt. Es ist erstaunlich und zugleich beglückend, dem Schicksal eines Menschen zu folgen, der zum Untergang vorbestimmt erscheint und durch unsägliches Weh zur Bejahung auch seines Seins sich emporringt. Der „Letzte" des Grüblinger Hofes wächst zum Meister des Lebens durch die Not, die über Ostpreußen hereinbricht, durch die Arbeit, die ihn segnet, durch das Grenzmärkertum, das in ihm erwacht. So dringt durch alle Schatten, die um das Ostland und seine Menschen geistern, das Licht des Glaubens an den deutschen Menschen, und aus diesem Glauben heraus die künftige Freiheit.

Der gleiche, rührige Verlag hat zu unserer Freude ein vergriffenes Buch unseres Mitarbeiters Paul Dahms, des Tier- und Jagddichters, in neuer, sehr hübscher Gewandung herausgebracht: **„Tiere auf Brautschau."** Dahms zeigt in seinen feinen Skizzen, in oft packender Darstellungskraft, das Liebesleben im Wald und Feld, bei Wachtel und Schwan, Basse und Lampe, Schnecke und Grille und vielem anderen Getier. Ein Büchlein, durch schmucke Zeichnungen bereichert, das man wohl liebhaben darf!

*

### Kalender für 1933.

Trotz der Notzeit sind wieder da die Jahrweiser fürs neue Jahr, von denen wir hier nur ein paar erwähnen können, die zum gleichen Ziel völkischer, staatlicher und grenzdeutscher Erneuerung streben wie unser eigener „Ostdeutscher Heimatkalender", der als treuer Gruß des Ostbundes in *jedes Haus gehört.* Die Grenzmark Posen-Westpreußen hat wieder ihre trefflichen, für die Heimatkunde so wichtigen Kreiskalender herausgebracht, deren allgemeiner Teil von Dr. Salewski-Schneidemühl bearbeitet wurde. Auch die meisten Kreise der anderen Ostprovinzen schufen sich ihre Jahrweiser. Der V. D. A. bringt von neuem den „Deutschen Volkskalender" und neben ihm als Abreißkalender den „Roland-Kalender", beide mit trefflichen Beiträgen auch über die Ostmark. (Dresden-A., Wilsdruffer Straße.) Der Familienkalender des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz enthält u. a. einen auch unsere Leser interessierenden Aufsatz mit Bildern über das Mutterhaus Bethesda, früher Gnesen, jetzt Landsberg a. d. Warthe; weiterhin eine sehr lesenswerte Abhandlung über deutsche Volksbräuche im Jahreslauf, mit zahlreichen guten Bildern. Vornehm wieder und musterhaft in der Ausstattung der Ostpreußen-Kalender des Verlags Gräfe & Unzer, Königsberg, ebenso das von Eugen Diesel bearbeitete Kalenderbuch „Deutschland heute und gestern", beide die unbeschreiblichen Schönheiten des Ostens wiedergebend. Unser Mitarbeiter Carl Lange überrascht neben seinem „Danziger Boten" mit dem „Preußenkalender" (Schliessen-Verlag, Berlin SW 11), den früher der Königl. Schloßbibliothekar Dr. Krieger (†) herausgab, und der ebenfalls sehr stark der Ostidee dient. Neben der Abreißist eine Schreibtischausgabe (mit Notizblock, Bleistift u. a. in Ganzleinen für 3,90 RM.) geschaffen. Zu unserer Freude hören wir, daß der prachtvolle Kalender sofort nach seinem Erscheinen vergriffen wurde und in neuer Auflage hergestellt werden mußte. Als alter Freund grüßt uns das Jahrbuch „Friedrich der Große" (Vaterländischer Verlag, Halle a. d. S.; 1 RM.), der, seinem Namen gemäß, das nationale Gedankengut hegt, gegen Versailles kämpft und den Geist des Alten Fritz belebend halten hilft; zugleich bringt er zeitgemäße Aufsätze über Flotte, Luftverkehr, Übersee, Kampf gegen die Gottlosenbewegung, Wehrstärkung und Sozialpolitik. Mögen alle diese trefflichen Jahrweiser mit dazu dienen, daß wir 1933 dem neuen Deutschland ein erhebliches Stück näherkommen.

### Das Jahrbuch „Deutscher Wille",

von der Vereinigung gleichen Namens für das laufende Jahr herausgegeben (Birkenwerder bei Berlin), stellt sich als ein rechtes Ostjahrbuch dar. In vornehmer Ausstattung auf fast 300 Seiten folgt ein Ostaufsatz dem anderen, über Ostpolitik, Ostlage, Wehrpolitik, Machtpolitik, Neugestaltung im Osten, Verkehrs- und Luftfragen des Ostens, Anteil des Ostens am deutschen Geistesleben, ostpreußische Garnisonen, ostdeutsche Persönlichkeiten u. v. a., aus besten Federn. Daneben auch andere Beiträge, doch im wesentlichen ist das Buch den Schicksalen des Ostraums und seiner Menschen gewidmet. Wir grüßen es in zielgerichteter Verbundenheit.

Dr. L.

## Weihnacht.

**Beglänzte Nacht in deutschem Land,**
**Du Künder heller Weihnachtsfreude!**
**Die Menschen stehen Hand in Hand.**
**Von allen Türmen strömt Geläute...**

**O stille Nacht! Du guadest mild**
**Mit Millionen frommer Kerzen.**
**Das bleibt der Liebe schönstes Bild:**
**Der Tannenbaum im deutschen Herzen!...**

**Hellmut Schwabe.**

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Franz Lüdtke, Berlin-Oranienburg. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin W. 30, Motzstraße 22 (Fernruf B 5 Barbarossa 9061). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

# Die theoretische Gleichberechtigung.

Am 11. Dezember haben nach längeren Beratungen in Genf die Vertreter Deutschlands, der Vereinigten Staaten, Englands, Italiens und Frankreichs eine gemeinsame Erklärung zur Frage der wehrpolitischen Gleichberechtigung Deutschlands abgegeben; diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet, und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll. Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.

4. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Es ist im Augenblick eine müßige Frage, ob und für wen diese Erklärung einen Erfolg bedeutet. Die im Punkt 1 ausgesprochene Gleichberechtigung, die nicht für Deutschland allein, sondern auch für die andern besiegten und abgerüsteten Staaten, Österreich, Ungarn und Bulgarien, gilt, besitzt nur theoretische Bedeutung. Vergleicht man die durch diese Erklärung geschaffene Lage mit dem Stand der Gleichberechtigungsfrage in den Tagen der Lausanner Konferenz, so kann man feststellen, daß Frankreich, das es im Juli noch rundweg abgelehnt hat, über die Gleichberechtigung überhaupt zu diskutieren, heute bereit ist, die Gewährung der Gleichberechtigung als einen der leitenden Grundsätze der künftigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz anzuerkennen. Anderseits erklärt sich Deutschland damit einverstanden, daß die Gleichberechtigung in direktem Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage gebracht wird, wobei der Satz, daß die Gleichberechtigung „in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet", gewährt werden soll, von der Gegenseite dahin ausgelegt wird, daß der Realisierung der Gleichberechtigung Deutschlands eine alle Staaten befriedigende Lösung der Sicherheitsfrage vorausgehen müsse. „Frankreich", schreiben die „Londoner Times", „sei hinsichtlich der Sicherheitsfrage zufriedengestellt." Aller Voraussicht nach ist auch jetzt, nach der Erklärung vom 11. Dezember, an eine Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung nicht zu denken, wenn nicht zuvor oder zum mindesten zu gleicher Zeit die Sicherheitsfrage gelöst wird. Der Begriff der Sicherheit aber wird von allen Staaten der Gegenseite aus den geltenden Verträgen abgeleitet; d. h. Sicherheit und Garantie der bestehenden Grenzen sind nach ihrer Ansicht Begriffe, die nicht voneinander getrennt werden können. Es gibt nach ihrer Auffassung für Deutschland keine wehrpolitische Gleichberechtigung ohne Grenzgarantie. Wenn die Erklärung vom 11. Dezember diesen Sinn haben soll, dann hätte man sich die Mühe ersparen können; denn Deutschland wird die Versailler Ostgrenzen nicht garantieren. Der Reichsaußenminister sagt, daß die Sicherheitsklausel der Genfer Erklärung nur in militärischer, nicht aber in territorialer Beziehung zu verstehen sei. Warum ist das dann nicht in der Erklärung selber zum Ausdruck gebracht worden?

Wie die Gleichberechtigung praktisch aussehen soll, ist aus der Erklärung nicht zu ersehen. Aus Punkt 4 ist jedoch zu entnehmen, daß eine Aufrüstung Deutschlands nicht in Betracht kommen soll. Die Formulierung dieses Punktes, in dem sich die Staaten zur Ausarbeitung eines Abkommens bereit erklären, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt, muß Bedenken erregen. Soll das heißen, daß sich auch Deutschland, das ja in Punkt 4 gleichgeordnet mit den vier anderen Staaten genannt wird, zu einer Herabsetzung seiner Rüstungen bereit erklärt hat? Das würde den früheren Erklärungen des derzeitigen Kanzlers widersprechen, der für Deutschland zwar nicht das Recht, aufzurüsten, aber doch das Recht, die Reichswehr umzubilden und zu modernisieren, verlangt hat. Was die Gleichberechtigung praktisch bedeutet und wie sie zu verwirklichen ist, soll erst auf der Abrüstungskonferenz festgestellt werden. Andererseits soll aber die Gleichberechtigung ein leitender Grundsatz dieser Verhandlungen sein. Den Verhandlungen soll also ein Begriff zugrunde gelegt werden, der in diesen selben Verhandlungen erst klargestellt werden soll. Es ist unklar, wie die fünf Unterzeichner der Erklärung vom 11. Dezember sich das vorgestellt haben. Das einzige greifbare Ergebnis der Erklärung ist, daß Deutschland wieder an der Abrüstungskonferenz, die es im Juni verlassen hat, teilnehmen wird. Dieses Ergebnis hat man auf der Gegenseite mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

## Entschädigungswesen.

### Urkundenherausgabe aus allen Entschädigungsakten.

Wir berichtigen die früheren Angaben dahin, daß Anträge auf Herausgabe von Urkunden aus den Entschädigungsakten nicht nur in denjenigen Fällen, in denen der anerkannte Grundschaden bis zu 5000 RM. betrug, sondern auch in jenen Entschädigungssachen, in denen der Grundschaden über 5000 RM. betrug, einzureichen sind. Zur Vernichtung ausgesondert werden zwar vorläufig nur die Akten in den ersterwähnten Fällen (bis zu 5000 RM.). Die Urkunden sollen aber auch jetzt schon aus den andern Entschädigungsakten, die als erledigt gelten, herausgenommen werden, da später hierzu die nötigen Kräfte und andere Voraussetzungen fehlen. Als erledigt gelten bekanntlich alle Fälle, in denen entweder eine Schlußentschädigung gewährt oder eine solche bzw. eine Beihilfe endgültig abgelehnt worden ist. Nicht vernichtet werden die Akten des Reichsentschädigungsamts in denjenigen Fällen, in denen der Antragsteller auch eine Entschädigung beim Polenschädenkommissar schweben hatte, weil dann die ersterwähnten Akten vom Polenschädenkommissar an sich gezogen worden sind und die Akten des Polenschädenkommissars aufbewahrt werden; ferner die Akten des Reichsausgleichsamtes und die Anmeldungen von Bolschewistenschäden beim Greuelkommissar. Die Ortsgruppen sind durch unser Rundschreiben Nr. 10 im Sinne dieser Berichtigung aufgeklärt. Die Anträge auf Herausgabe der Urkunden müssen unverzüglich bei unserer Beratungsstelle gestellt werden, von der Vordrucke für die Anmeldung und ein Merkblatt für die Ausfüllung des beigefügten Fragebogens kostenlos zu haben sind. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Anträge, die nicht spätestens durch uns am 31. d. M. bei der Restverwaltung für Reichsaufgaben eingereicht sind, keinen Anspruch auf Berücksichtigung mehr haben. Wer also Wert auf Herausgabe seiner bei den Akten befindlichen Urkunden legt, muß den Antrag mit größter Beschleunigung stellen. Wir bitten unsere Leser, Verwandte und Bekannte, die möglicherweise das „Ostland" nicht lesen —, sowohl im In- wie im Auslande lebende — darauf hinweisen zu wollen, daß die Urkunden aus den Akten auch in Schadensfällen mit einem Grundbetrag von über 5000 RM. unverzüglich in an uns zu richtende Anträge zurückgefordert werden müssen.

## Bundesnachrichten.

### Rundschreiben Nr. 10

ist am 10. d. M. an alle Ortsgruppen, die mit der Abrechnung nicht über Gebühr im Rückstande sind, abgegangen. Der Inhalt ist von großer Wichtigkeit für alle Verdrängten. Das Rundschreiben gibt zunächst den Wortlaut einer Eingabe an den Reichsfinanzminister wegen Schaffung eines Notstandsfonds für Verdrängte und Liquidationsgeschädigte zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen wieder. In dieser Angelegenheit ist ein Empfang der Vertreter des Deutschen Ostbundes und der andern, der Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände angehörigen Interessenvertretungen durch den Reichsfinanzminister erbeten worden. Weiter bringt das Rundschreiben einen Hinweis auf eine Eingabe an den Reichskanzler wegen Fortführung der eigentlichen Entschädigungsaktion. Ferner enthält es eine wichtige Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts, wonach Verzichtserklärungen Verdrängter nur für die Endentschädigung gelten. In einem weiteren Abschnitt des Rundschreibens wird auf die vom Reichsgericht und auch vom Reichswirtschaftsgericht neuerdings angewendete Verwirkungslehre verwiesen, wonach Entschädigungsberechtigte auch dann, wenn die Voraussetzungen für eine Entschädigung gegeben sind, mit ihrem Anspruch abgewiesen werden, wenn sie jahrelang ihre Entschädigungsangelegenheit an amtlicher Stelle nicht betrieben haben, weil dadurch ihr Entschädigungsanspruch als verwirkt gilt. Das Rundschreiben weist darauf hin, was unsere Bundesleitung in dieser Frage unternommen hat und noch zu tun gedenkt. Verdrängte, deren Anträge bezüglich der Schlußentschädigung noch nicht erledigt sind,

sondern noch laufen, tun gut, sich im eigenen Interesse sowohl wegen der erwähnten Bedeutung der Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts bezüglich der Verzichtserklärungen wie auch wegen der Gefahr der Anwendung der Verwirkungsklausel mit dem Vorstand ihrer Ortsgruppe und in eiligen Fällen unverzüglich mit der Bundesleitung ins Benehmen zu setzen. Rat und Hilfe in solchen Angelegenheiten können natürlich nur Mitglieder erwarten. — Weiter wird in dem Rundschreiben der Wortlaut eines Schreibens der Reichsleitung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei mitgeteilt, wonach diese in München eine besondere Dienststelle für Liquidations- und Gewaltschäden eingerichtet hat, die bereit ist, die Entschädigungsangelegenheit zu fördern. Weitere Mitteilungen des Rundschreibens betreffen die Stellungnahme von Reichstagsfraktionen zur Entschädigungsangelegenheit, insbesondere zu unserer letzten Denkschrift über die Wiederaufrollung der Entschädigungsfrage. In dem Rundschreiben wird weiter die Urkundenaussonderung aus den Entschädigungsakten behandelt gemäß dem Hinweis auf diese Angelegenheit in dieser Nummer mit der Betonung, daß die Urkunden aus allen erledigten Entschädigungsakten von allen Geschädigten, soweit sie nicht einen Schadensantrag auch beim Polenschädenkommissar eingereicht haben, **bis zum 31. d. M.** zurückgefordert werden müssen. Die weiteren Absätze des Rundschreibens behandeln wichtige Voraussetzungen für die Gewährung von B-Beihilfen an Verdrängte, die Ausstellung von Ersatzquittungen über in Polen bezahlte Emigrantensteuer usw. über alle diese Angelegenheiten können auf Grund des Rundschreibens alle unsere Mitglieder von ihren Ortsgruppen nähere Auskunft erhalten.

# Aus der Bundesarbeit.

## Versammlungskalender.

**Ortsgruppe Berlin-West:** Weihnachtsfeier am 20. 12., abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 114/115, Restaurant „Viktoriagarten". — Ab 15. 12. befindet sich die Geschäftsstelle der Ortsgruppe in Berlin W 30, Schwäbische Str. 24; Telephonanschluß: Pallas 3463.

**Ortsgruppe Berlin-Süd:** Weihnachtsfeier und Monatsversammlung am Montag, 19. 12., abends 8 Uhr, in der Berliner Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstr. 216—219. Frl. Gertrud Lüdtke singt.

**Ortsgruppe Berlin-Nord:** Monatsversammlung am 19. 12., abends 8 Uhr, im Kriegervereinshaus. *Vortrag über Gerhart Hauptmann;* Film „Von Advent bis Weihnachten"; Jugendgruppe Sprechchor.

**Ortsgruppe Mariendorf-Tempelhof:** Weihnachtsfeier mit Weihnachtsaufführungen und Kinderbescherung am Mittwoch, 21. 12., abends 7 Uhr, in Beits Geselischaftshaus, Tempelhof, Dorfstr. 21, Ecke Berliner Str.

**Ortsgruppe Berlin-Ost:** Weihnachtsfeier am Freitag, 30. 12., abends 7 Uhr, im Vereinslokal „Köpenicker Hof".

**Ortsgruppe Berlin-Friedrichshagen:** Weihnachtsfeier am Sonntag, 18. 12., nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal „Zur Klause".

*

## Landesverband Berlin-Brandenburg.

**Ortsgruppe Berlin-Köpenick.** Die gut besuchte Monatsversammlung fand am 24. November im Restaurant Stadttheater statt. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Landsmann Streubel, gab derselbe nochmals, mit Rücksicht auf die neu erschienenen Mitglieder, die Rundschreiben des Bundespräsidiums in der Frage der Urkundenherausgabe aus den Entschädigungsakten bekannt. Er machte darauf aufmerksam, daß die Frist für Einreichung dieser Anträge am 31. Dezember d. J. abläuft. Nur durch engsten Zusammenschluß im Ostbund und regen Besuch der Ortsgruppen-Versammlungen können sich die Landsleute vor Schaden bewahren. Dies lehrt das Schicksal von Tausenden unserer Leidensgenossen, die nicht rechtzeitig den Weg zu unserer Organisation fanden und infolge mangelnder Aufklärung mit ihren Entschädigungsansprüchen wegen Fristversäumnis abgelehnt wurden. — An der Gedächtnisfeier im Dom am Totensonntag hat sich unsere Ortsgruppe mit der Fahne beteiligt. — Unsere Weihnachtsfeier findet Mittwoch, den 28. Dezember d. J., abends 7½ Uhr, im Restaurant Stadttheater statt.

## Landesverband Ostmark.

**Ortsgruppe Cottbus.** In der im Kasino abgehaltenen Monatsversammlung wurde nach der Aufnahme neuer Mitglieder eine Sammlung für die Cottbuser Winterhilfe eingeleitet, deren gutes Ergebnis noch durch eine besondere Haussammlung in Mitgliederkreisen erhöht werden soll. Das Hauptthema der Versammlung bildete ein Vortrag des Landsmanns Kopetzki über seinen erzwungenen Dienst im polnischen Heere. In anschaulicher und fesselnder Weise schilderte der Redner, wie er, um nach vierjähriger Kriegsdienstzeit seine Mutter in der Stadt Posen wiederzusehen, selbst die mit der Überschreitung der Grenze verbundenen Gefahren auf sich nahm. Seine Hoffnungen, die Angehörigen wiederzusehen, gingen aber nicht in Erfüllung. Von den Polen als der Spionage verdächtig festgenommen, wurde er nach dem Sammellager Zablona gebracht, um einige Zeit später in der Haller-Armee als „polnischer" Soldat im Kampf gegen die Deutschen zu stehen. In einem Gefecht durch Granatsplitter verwundet, in seiner Bewußtlosigkeit für tot gehalten, sollte er bereits begraben werden, als er in letzter Minute die Besinnung wiedererlangte. Auf Grund der seinen in Cottbus wohnenden Verwandten zugegangenen Nachrichten erschienen in den hiesigen Tageszeitungen seine Todesanzeigen; nach der im polnischen Lazarett erfolgten Genesung wieder gegen die deutschen Truppen eingesetzt, glückte es ihm, bei einem Patrouillengange als Überläufer die deutsche Vorpostenkette zu erreichen, um dann noch längere Zeit im Kampf für seine verlorene Heimat im Grenzschutz tätig zu sein. — Im geschäftlichen Teil der Versammlung wurde auf den Verkauf deutschen Bodens in den Grenzgebieten an polnische Interessenten, an die Einweihung des polnischen Gymnasiums in Beuthen hingewiesen.

**Ortsgruppe Landsberg (Warthe).** (Verein der Posener, Ost- und Westpreußen.) Am 28. November fand im „Eldorado" die Monatsversammlung statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Zu Beginn der Versammlung machte der erste Vorsitzende, Direktor Tettenborn, einige geschäftliche Mitteilungen, u. a. gab er eine Einladung der Ortsgruppe des Königin-Luise-Bundes zu einem Bundesabend bekannt. Erfreulich war zu hören, daß die Jungscharbewegung im Deutschen Ostbund sich im Laufe des Jahres außerordentlich günstig entwickelt habe. Viele neue Scharen seien gegründet worden. Reichsjugendführer Dr. E. O. Thiele gebühre Anerkennung dafür, daß er mit großem Geschick die Entwickelung der Jungscharen fördere. Studienrat Dr. Saager sprach sodann über die gegenwärtige Schulnot in Posen und Pommerellen. Der Redner, der selber bis zum Jahre 1931 in Dirschau amtiert hat, wies einleitend sehr richtig darauf hin, daß die deutsche Schulnot in Posen und Pommerellen nicht nur die Ostmärker berührt, sondern alle Deutschen angehen sollte. Polen verfolge in seiner Kultur- bzw. Schulpolitik einen fest umrissenen Plan, nämlich die Vernichtung alles Deutschtums in den entrissenen Landesteilen. Ungefähr 15 000 deutsche Kinder in Pommerellen und Posen befanden sich augenblicklich in polnischen Schulen. Es gebe zwar dort auch deutsche staatliche Unterrichtsanstalten, und zwar 194 in Posen und 45 in Pommerellen. Sie seien aber zumeist nicht selbständig, sondern den polnischen Schulen angegliederte Parallelklassen. Die Lehrer seien in der überwiegenden Mehrzahl Nationalpolen, und in gewissen Fächern, wie beispielsweise in Geschichte und Geographie, werde der Unterricht nur in polnischer Sprache erteilt. Wo es irgend nur gehe, werde das deutsche Schulwesen abgedrosselt, 30 bis 35 v. H. betrage die Zahl der deutschen Schulen, die in den letzten Jahren geschlossen wurden. Anträge auf Errichtung neuer deutscher Schulen würden nicht mehr zugelassen. Redner teilte dann Einzelheiten über die deutsche Schulnot in den uns entrissenen Landesteilen *mit, die ein geradezu erschreckendes Bild davon gaben, mit welcher* rohen und rücksichtslosen Gewalt und mit wie fanatischem Haß von seiten der polnischen Behörden in dieser Hinsicht vorgegangen wird. Die fadenscheinigsten Gründe wurden hervorgesucht, um diesem gewaltsamen Vorgehen einen Schein des Rechts zu geben. Wie anders dagegen in Preußen, wo den polnischen Minderheiten stets ihr Recht werde! In vielen Fällen bestehe aber gar kein Grund für die Errichtung derartiger Anstalten bei uns. Sie würden meist zu Propagandazwecken gegründet. Wenn polnischerseits neuerdings ein ganz besonders scharfer Kurs in der Schulpolitik eingeschlagen worden sei, so decke sich das mit dem kürzlich ausgesprochenen Wort, daß Polen jetzt in eine neue Epoche seiner kulturellen Entwicklung eingetreten sei. Das Buch von Dr. Thiele: „Polen greift an!" sollte jeder Deutsche lesen. Die polnische Gefahr wächst! — Stürmischer Beifall. — Nachdem Direktor Tettenborn dem Vortragenden für seine äußerst lehrreichen und beherzigenswerten Ausführungen den Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, hielt Walter Rudnick einen Lichtbildervortrag über das Thema: Durch den Balkan und Dalmatien. Die zahlreichen Lichtbilder waren sehr klar und unterstützten die interessanten Ausführungen des Redners, der diese verschieden gearteten und seltsamen Gegenden bereist und ihre Bewohner aus eigener Anschauung kennengelernt hat, auf das trefflichste. Man hörte und sah, daß auch dort im Südosten Europas immer der Deutsche der Kulturträger ist. Auch Walter Rudnick konnte nach starkem Beifall der Versammlung namens dieser der erste Vorsitzende noch besonders danken. Direktor Tettenborn machte dann Mitteilungen über das diesjährige Weihnachtsfest: 19. Dezember. Jungschar und Gemischter Chor werden mitwirken. Die Kinder sollen wieder bedacht werden. Eine geschäftliche Sitzung, verbunden mit der Generalversammlung, soll am letzten Montag im Januar 1933 stattfinden.

**Ortsgruppe Zielenzig.** In der Novemberversammlung sprach nach Erledigung der geschäftlichen und Entschädigungsfragen Obersteuersekretär Fr. K. Kriebel, Frankfurt a. d. O., über die geschichtliche Entwicklung der Gebiete um Weichsel, Warthe, Netze und Oder. Das deutsche Volk habe vergessen, daß hier seine Wiege stand und daß von hier aus seine historische Entwicklung vor sich ging. Wiederholt sei in der deutschen Geschichte dem deutschen Volke vom Osten her Rettung geworden. Die Wiedergewinnung der unerlösten Gebiete sei eine sittliche Pflicht des ganzen deutschen Volkes. Hierfür kämpft in Wort, Schrift und Tat der Deutsche Ostbund. Auch die Ortsgruppe Zielenzig nehme Teil an diesem Kampfe und erwarte tätige Mitarbeit aller. Die Versammlungsteilnehmer hörten den eindrucksvollen Ausführungen des Redners mit größter Spannung zu. Der Aufruf zum Beitritt zum Deutschen Ostbund richtet sich nicht nur an die aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen Deutschen, sondern an alle Bevölkerungsschichten, die bereit sind, an der Verwirklichung der Ziele des Deutschen Ostbundes tatkräftig mitzuwirken.

## Landesverband Schlesien.

**Die Ortsgruppe Breslau** veranstaltete am 24. November im Spiegelsaal des „Wappenhof" einen Familienabend mit Theateraufführung und Tanz. Herr Dr. Hanow eröffnete den Abend mit einer kurzen Ansprache, in der er dem Gedanken Ausdruck verlieh, daß der Ostbund, der sich zuerst mehr der Erwirkung von Entschädigungen usw. gewidmet hatte, sich mehr und mehr politischen und kulturellen Aufgaben zuwende. Frl. Hildegard Neumann sang mit gepflegter Stimme „Das Heimweh" von Hugo Wolff. Es folgte die Aufführung des Theaterstücks „Die Welle" von unserm Mitglied Herrn Oskar Flemming. Wir sahen uns in ein Dorf der Ostmark versetzt, wo in kleinem Rahmen alle Leiden der Grenze widergespiegelt werden. Es war eine Laienaufführung, gewiß; aber nicht genug kann anerkannt werden, in welch selbstloser Weise sich alle Spieler in den Dienst der guten Sache gestellt haben und durch das Feuer einer echten Begeisterung eine Leistung vollbracht haben, die an Eindruck einer Aufführung von Berufsspielern nicht nachstand. Ihnen gebührt der herzliche Dank aller Teilnehmer des Abends. Wir müssen aber vor allen Dingen dem Autor des Stückes, Herrn Oskar Flemming, danken, der seine heiße Heimatliebe in dem Stück niedergelegt hat, und wir können sehr stolz darauf sein, einen Mann zu den Unseren zählen zu können, der Idealismus und Begabung in einer so glücklichen Weise vereint wie er. Frl. Hildegard Neumann leitete mit der „Arie des Annchen" aus dem „Freischütz" von Carl Maria v. Weber und den „Mädchen von Cadix" von Delibes zu dem heiteren Teil des Abends über. Bei den drei Liedern von Fräulein Neumann begleitete Herr Erwin Sattler, der sich in selbstloser Weise zur Verfügung gestellt hatte. Wir hatten Gelegenheit, sein Talent als feinsinnigen Begleiter zu bewundern. Auch ihm gebührt der Dank der Zuhörer. Herr Sagasser, der Wirt des „Wappenhof", stellte uns in liebenswürdiger Weise drei seiner Künstler zur Verfügung. Herr Fritz Lehnert erfreute durch zwei Lieder, wofür er herzlichen Beifall erntete. Nachdem der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Dr. Hanow, allen Mitwirkenden den wohlverdienten Dank ausgesprochen hatte, vereinigten sich noch alle Teilnehmer in dem Gesang des „Deutschlandliedes". Ein gemütliches Tänzchen hielt den größten Teil der Teilnehmer noch recht lange Zeit zusammen.

## Landesverband Vorpommern.

**Die Frauengruppe Anklam** veranstaltete am 26. November einen sehr gut besuchten Familienabend. Die Gruppe zählt zurzeit 110 Mitglieder. Frau Günther, die Vorsitzende, richtete nach der Begrüßungsansprache herzliche Abschieds- und Dankesworte an die scheidende zweite Vorsitzende, Frau Prütz, die zum Ehrenmitglied der Frauengruppe ernannt wurde. Der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Katasterinspektor Prütz, scheidet infolge Versetzung nach Swinemünde aus Anklam. Von dem Vorsitzenden, Herrn Obersteuerinspektor Lenski, wurden ihm für sein unermüdliches und segensreiches Wirken herzliche Dankesworte gewidmet. Herr Prütz wurde zum Ehrenmitglied ernannt; ihm wurde eine künstlerisch ausgeführte Urkunde sowie die Treunadel und ein besonderes Dankschreiben des Landesverbandes überreicht. Anschließend richtete der Führer der Jungschar kurze Dankesworte an den Scheidenden. Der Vertreter der Jungschar Swinemünde, Kurt Gneruch, sprach seinen Dank an die Frauengruppe für die Einladung zu dem schönen Feste und für die Quartiergestellung für die acht Mitglieder aus. Nach Musikstücken der Kapelle Burmeister wurde von Frl. Dreilich ein Ostmarkgedicht als Vorspruch sehr gut vorgetragen. Frl. Knauerhase brachte das Lied „Märkische Heide" sehr schön und formvollendet zu Gehör. Hierauf folgte der Vortrag des cand. phil. Kurt Lenski über Eindrücke und Erlebnisse auf einer Skandinavienreise, die ihn über Trelleborg-Stockholm 2000 Km. gen Norden nach Lappland, ferner nach Norwegen über Narvik hinüber zu den Lofoten und von dort wieder nach Süden entlang an der norwegischen Küste über Trondheim nach Stockholm zurückgeführt hatte. Anschließend zeigte der Vortragende eine Anzahl von Aufnahmen. Nach weiteren, wieder sehr gut vorgetragenen Gesangsvorträgen von Frl. Knauerhase brachte Frl. Krutz das Gedicht „Ostmärkers Daheim" von Franz Lüdtke sehr gut und ausdrucksvoll zu Gehör. Eine kleine Posse fand großen Beifall. Allen Vortragenden und Mitspielern wurde reicher Beifall gespendet. Bei deutschen Tänzen blieben die Ostmärker und deren Gäste noch lange gemütlich beisammen.

**Ortsgruppe Nörenberg.** Am 27. November veranstaltete die Ortsgruppe einen Deutschen Abend mit anschließender Kundgebung für die verlorenen Gebiete. Der außerordentlich starke Besuch zeigte das Interesse für Heimat und Vaterland. Die Darbietungen des Männergesangvereins „Liedertafel" fanden vollste Anerkennung. Ebenso die Vorsprüche und Lieder der Schulkinder. Herr Lehrer Röseler hieß die Gäste herzlich willkommen. Anschließend sprach Konrektor Scheunemann als Vorsitzender des Ostmarkenvereins über den Ostgedanken. Als Hauptfestredner sprach Herr Becker, der Vorsitzende des Landesverbandes Vorpommern im Deutschen Ostbund. In wohl durchdachten und trefflichen Ausführungen schilderte Herr Becker die Gefahr, die dem Osten von Polen her droht, die Notlage der deutschen Volksgenossen in Polen und den Korridor als Schandfleck Europas. Redner ergänzte seinen eindrucksvollen Vortrag durch eine Lichtbildreihe über die verlorene Ostmark. Zum Schluß der Veranstaltung wurde von sämtlichen Teilnehmern eine Entschließung, die vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Nörenberg, Herrn Kaufmann Spohn, verlesen wurde, angenommen: „Wir fordern unsere Freiheit und die vollkommene Gleichberechtigung mit allen anderen Völkern; wir fordern die Herausgabe unserer geraubten deutschen Gebiete und unserer Kolonien; wir fordern die Beseitigung des polnischen Korridors, der Kriegsschuldlüge und der uns knechtenden Tributzahlungen; wir fordern tatkräftigen Schutz und Hilfe für unsere bedrängten deutschen Brüder in den polnischen Landen; wir fordern die Sicherung unserer pommerschen Grenzmark durch militärischen Schutz, durch Besetzung und Befestigung unserer Grenzen im Osten." Mit dem Gesang des Deutschlandliedes schloß die Kundgebung. Für die Ausschmückung des Saales hatte der Ortsgruppenvorsitzende, Kaufmann Spohn, in erprobter Arbeitsfreude und Opferbereitschaft gesorgt.

## Landesverband Sachsen-Anhalt.

**Ortsgruppe Zeitz.** Wie alljährlich, so hatte auch in diesem Jahre die Ortsgruppe ihre Mitglieder zu einer Adventsfeier eingeladen. Nach einigen einleitenden Musikstücken hieß der 1. Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat Klein, die Mitglieder und ihre Angehörigen herzlich willkommen. Einen verstorbenen Ostmärker ehrte man durch Erheben von den Plätzen. Während der Kaffeetafel hielt Herr Kantor Benkendorf, Aue, die Festansprache. Ausgehend vom Zauber der Weihnacht, schilderte der Redner deutsche Weihnacht im deutschen Osten und die Weihnachtstage des Jahres 1918, in dem die große deutsche Völkerwanderung des 20. Jahrhunderts begann. Der Ostbund sammelte die Vertriebenen, sorgte und half, wo es nur ging. Und nun müsse der Kampf um die Rückeroberung des deutschen Ostens einsetzen. Zu diesem Kampf, um den deutschen Osten, komme ein zweiter, der Kampf gegen den vordringenden Bolschewismus. Im Kampf gegen das vordringende Slawentum, im Kampf gegen den Bolschewismus, heiße es Schulter an Schulter zu stehen, damit wir nicht alles verlieren. Wenn wir wieder deutsche Weihnachten im deutschen Osten feiern können, dann können wir aus vollem Herzen in die Weihnachtsbotschaft einstimmen. Reicher Beifall dankte dem Redner. Heimatlieder, Weihnachtsgesänge und Musikvorträge wechselten in bunter Folge. Eine kleine Weihnachtsbescherung erweckte allgemeine Freude. Unter allgemeinem Beifall wurde die Anmeldung zweier neuer Mitglieder bekanntgegeben.

## Landesverband Hessen-Nassau.

**Ortsgruppe Hanau a. M.** Am 5. November wurde wie allmonatlich eine Versammlung der Ortsgruppe abgehalten, in der der Vorsitzende des Landesverbandes Hessen-Nassau-Süddeutschland, Herr Lehrer Wendt, Frankfurt a. M., einen Vortrag über das Thema „Frankreich und der Osten" hielt. Frankreichs Ostgrenze liege nicht am Rhein, sondern an der Weichsel. Schon seit Jahrhunderten führe Frankreich seinen Kampf um den Rhein auch an unserer Ostgrenze. Der Redner zeigt die geschichtliche Linie auf, die das dauernde Streben nach einer freundschaftlichen Verbindung Polens mit Frankreich nachweist. Er führte aus, wie Polen in der Zeit seines Verfalls in die geistig-kulturelle Gefolgschaft Frankreichs geriet, wie es immer wieder Gut und Blut auf allen Schlachtfeldern Europas für seinen französischen Freund opferte und immer auf die Hilfe Frankreichs gebaut habe. So fand Polen bei dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918 einen starken Anwalt seines Machtwillens. Für Frankreich machte Versailles den Weg völlig frei, sein Machtstreben im Osten Europas gründlich zu fundamentieren. Besonders Polen und die Tschechoslowakei seien die Hauptstützen französischer Macht im Osten. Frankreichs Goldüberschuß werde dazu benutzt, die östlichen Nachbarn Deutschlands fest an Frankreich zu ketten. Die Pläne Frankreichs zur Umorganisation Europas werden aber nur dann eine wirkliche Gefahr für unser Vaterland werden, wenn Deutschland von seinem nach Osten weisenden Entwicklungswege abirrt und wenn es damit selbst die Lebensgesetze seines Raumes und seines Volkstums verletzt. Der Redner rief die Versammlung erneut zum Kampfe für die deutsche Ostmark auf. Fester und enger müssen unsere Reihen sich schließen zu einer unerschütterlichen Kampffront, um so der geliebten Heimat und dem ganzen deutschen Vaterlande zu dienen und tatkräftig zu helfen. Reicher Beifall dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen. Die Versammelten blieben noch längere Zeit beisammen.

**Ortsgruppe Marburg.** Die junge Ortsgruppe hat seit der Gründungsversammlung Anfang Juli 5 Monatsversammlungen und 8 Vorstandssitzungen abgehalten. Die Werbetätigkeit erfolgte in der Weise, daß zu jeder Monatsversammlung die ortsanwesenden Ostmärker, Freunde und Gönner durch die Zeitung eingeladen und in Bekanntenkreisen geworben wurde. Der bisherige Erfolg dieser Werbetätigkeit ist eine Steigerung der anfänglichen Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte. Für Mitte Januar ist eine öffentliche Kundgebung, in der Herr Pfarrer Pelz-Kassel den Hauptvortrag halten wird, geplant. In dieser Veranstaltung sollen Universität, Behörden, Studentenschaft und Bürgerschaft eingeladen werden. Weiterhin sollen bei jeder Versammlung Vorträge aus den Reihen der Mitglieder heraus über aktuelle Ostfragen und dergleichen (evtl. auch allgemein interessierende Fragen) gehalten werden. Die Gründung einer Frauengruppe ist grundsätzlich beschlossen, aber einstweilen noch zurückgestellt worden.

## Landesverband Westfalen.

**Die Ortsgruppe Gelsenkirchen II** hatte ihre Mitglieder und Freunde für den 15. November nach dem Vereinslokal Bodenstein in der Kronprinzenstraße zu einer Werbeversammlung eingeladen. Der Ortsgruppenvorsitzende, Paul Müller, begrüßte zunächst die äußerst

gut besuchte Versammlung und hielt einen Vortrag über die Durchführungsbestimmungen der Beschleunigungsverordnung vom 4. August d. J., sowie über die Grundsätze für die Aussonderung erledigter Entschädigungsakten. Landesgeschäftsführer Breitenbach aus Wanne-Eickel ergänzte diese Ausführungen. Zur Neuaufnahme meldeten sich 18 Landsleute. Der Landesgeschäftsführer hielt sodann einen längeren Vortrag über die Lage im Osten und ging auf die neuesten Korridorforderungen des bekannten englischen Zeitungskönigs Lord Rothermere näher ein. Der Redner führte weiter aus: Das gesamte deutsche Volk müsse die große Gefahr im Osten erkennen. Fester denn je müßten sich die Reihen im Deutschen Ostbund schließen zum geistigen Kampf um die Wiedergewinnung der uns geraubten Ostgebiete. Nicht nur der Weichselkorridor, sondern auch die kerndeutsche Stadt Danzig, das Posener und Oberschlesierland, das Soldauer Gebiet und das Hultschiner Ländchen müßten dem Deutschen Reiche wieder bedingungslos zugeführt werden. Nur wenn das gesamte deutsche Volk für diese gerechte Forderung eintrete, würden und müßten der Schandvertrag von Versailles und die Ostgrenze revidiert werden. In seinen weiteren Ausführungen schilderte der Redner die Arbeit des Deutschen Ostbundes. Zum Frühjahr 1933 würden vom Ostbund neue Arbeitsdienstkolonnen aufgestellt werden, u. a. eine solche auch vom Landesverband Westfalen. In der bäuerlichen Siedlung habe die Bundesleitung bisher Hervorragendes geleistet und werde auf diesem Gebiete im gleichen Sinne weiter segensreich wirken. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte der Redner an den Bezug des „Ostbundkalenders" für 1933 und der Bundeszeitung „Ostland". Für seine Ausführungen erntete er reichen Beifall. Der Versammlungsleiter wies nun darauf hin, daß in den nächsten Tagen durch den Verein der „Heimattreuen Ost- und Westpreußen" in Gelsenkirchen ein „Ostpreußenfilm" gezeigt würde, und empfahl rege Beteiligung.

### Landesverband Weser-Ems.

**Ortsgruppe Emden und Umgebung.** Nach zweijähriger Pause versammelte die Ortsgruppe am 12. November ihre Mitglieder und Freunde in großer Zahl zu einem Winterfest im Lloydhotel. Die Begrüßungsrede gab dem Vorsitzenden, Rektor Griesbach, Gelegenheit, auf die Lage im Osten hinzuweisen. Er schilderte die Notlage der abgetretenen Gebietsteile sowie des durch den polnischen Größenwahnsinn bedrohten Danzig und Ostpreußen. 240 deutschen Soldaten in Ostpreußen stehen im Durchschnitt 11 000 Polen zum Angriff gegenüber. Deutschland muß darauf vorbereitet sein, daß sich hier eines Tages trotz des Völkerbundes das japanische Beispiel eines Überfalles auf ein wehrloses Volk wiederholt. Deutsche Siedlung ist hier der sicherste Wall gegen die slawische Flut. Sie kann die jetzt im Westen überflüssig gewordenen Menschen zum Teil aufnehmen und auch gleichzeitig der Industrie neue Belebung verschaffen. Die geraubten Gebiete müssen wieder deutsch werden. Denn nach menschlichen Gesetzen gehört ein Land seinem Kulturbringer, und das ist hier das deutsche Volk. Die Rede endete mit dem Deutschlandlied. Ein flott gespielter heiterer Einakter leitete dann über zum frohen Festball.

# Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

## Persönliches.

### Baron von Heyking 70 Jahre alt.

Am 14. Dezember feierte in Görlitz, wo er im Ruhestand lebt, der letzte Landeshauptmann der Provinz Posen, Baron Ernst von Heyking, seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar ist Westpreuße, er wurde am 14. Dezember 1862 in Neuenburg (Kreis Schwetz) geboren. Nach dem Besuch der Gymnasien in Marienburg und Danzig und vollendetem juristischen Studium war er als Referendar in Danzig und als Regierungsassessor in Köln, Pinneberg, Schleswig, Altona und Danzig tätig und wurde 1899 Landrat des Kreises Pleß. Im Jahre 1908 wurde er zum Polizeipräsidenten von Posen ernannt und am 14. Oktober 1911 zum Landeshauptmann der Provinz Posen gewählt. Diese Stellung hatte er bis zum Friedensschluß inne. Nach dem Umsturz brachen schwere Tage für ihn herein. Der polnische Aufstand in Stadt und Provinz Posen um die Jahreswende 1918/19 lieferte ihn der Willkür des Polnischen Obersten Volksrates aus, der ihm zur Aufsicht einen Untergebenen, einen Blindenlehrer polnischer Nationalität, zur Seite stellte. Aber trotz aller Hemmungen und Schikanierungen trat er mannhaft und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dem polnischen Treiben entgegen. So lehnte er u. a. einen Erlaß des Polnischen Obersten Volksrates, zum Empfang der Ententemission in Posen die polnischen Nationalfarben auf dem Provinzialgebäude zu hissen, mit dem Hinweis ab, daß auf dem Landeshaus der staatsrechtlich noch zu Preußen gehörenden Provinz nur die Flagge der Provinzialstände gehißt werden dürfe. Strikt sprach er sich gegen jegliches Paktieren mit den polnischen Aufständischen aus, so daß diese ihn schließlich unter einem nichtigen Vorwand internierten und ihn in einem Disziplinarverfahren, in dem ihm jegliche Verteidigungsmöglichkeit genommen war, seines Amtes entsetzten. Im Oktober 1919 verlegte Baron von Heyking den Sitz der Landesverwaltung des noch preußisch gebliebenen Teiles der Provinz Posen nach Meseritz-Obrawalde. Hier baute er aus dem Nichts eine neue Landesverwaltung auf. Mit Errichtung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen im Jahre 1922 trat er in den Ruhestand und verlegte seinen Wohnsitz nach Görlitz. Baron von Heyking, der Rechtsritter des Johanniterordens ist, vertrat von 1903 bis 1908 den Wahlkreis Pleß-Rybnik als konservativer Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus.

### Schwester Franziska Worm †.

Die älteste Schwester des Posener Diakonissenhauses, Diakonisse Franziska Worm, ist am 8. Dezember gestorben. Sie stand im 92. Lebensjahr und hat 63 Jahre dem Posener Diakonissenhaus angehört. Ihre hauptsächlichsten Arbeitsfelder waren das damalige Mädchenrettungshaus in Posen und das Siechenhaus in Rawitsch. In letzterem hat sie bis zu ihrem 78. Lebensjahr gearbeitet. Seitdem lebte sie im Mutterhaus im Ruhestande, hat aber besonders auf der Säuglingsstation bis in das letzte Jahr ihres Lebens hinein in geistiger und körperlicher Frische freiwillig in der Kinderfürsorge mitgeholfen.

### Das Präsidium der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer.

In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen wurde am 8. Dezember an Stelle des zurückgetretenen Frhrn. v. Butlar der Nationalsozialist Dr. Bethke, der bisherige stellvertretende Kammerpräsident, zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer gewählt. Dr. Bethke erhielt 46, sein Gegenkandidat Dr. Brandes 29 Stimmen. Mit ebenso großer Mehrheit wurde der Nationalsozialist Rittergutspächter Witt-Riesenwalde zum stellvertretenden Präsidenten gewählt, so daß sich das Kammerpräsidium nunmehr aus drei Nationalsozialisten, Dr. Bethke, Witt-Riesenwalde und Lewandowski-Frankenau, zusammensetzt. Durch Zuwahl kamen in derselben Sitzung ferner noch die Nationalsozialisten Haedke-Medicus-Peitschendorfswerder und Hofer-Breitenstein in den Vorstand der Kammer.

*

**Das 50jährige Jubiläum als Arzt** in Lissa beging am 12. d. M. Sanitätsrat Dr. Scherbel.

**Geboren:** Eine Tochter dem Gymnasiallehrer Otto Tumm in Posen.

**Verlobt:** Frl. Ilse Schneider, Tochter des Rittergutsbesitzers Julian Schn. in Rozanna, Kreis Mogilno, mit Rittergutsbesitzer Herbert Hoffmann, *Krzywosadow, Kreis Jarotschin.*

**Vermählt:** Fräulein Grete Lenz, Tochter der Witwe Martha Lenz, Kassel, Hohenzollernstr. 81, früher Lissa, mit Herrn Kurt Gunhold, Kassel.

**Silberne Hochzeit:** Gutsbesitzer Fr. Butterwerk und Frau Konradina, geb. Steinhage, in Gersdorf, Kreis Bunzlau, früher Waldmark, Kreis Adelnau. (B. war Gemeindevorsteher, verwaltete die Kasse der Molkerei, Brennerei und Flockenfabrik in Raschwege und war bis zur Abwanderung 1922 Vorsitzender dieser Genossenschaft.)

**Diamantene Hochzeit:** Der frühere Landwirt Joseph Paduch in Oberzauche, Kreis Glogau, geb. am 17. 9. 1846, und dessen Gattin, geb. am 13. 9. 1847, am 22. 10. (früher in Bonikow, Kreis Adelnau).

**Bejahrte Ostmärker:** Der Rentier Theodor Dux, Vater der berühmten Sängerin Cläre Dux, die bekanntlich in Chikago verheiratet ist, am 6. 12. 90 J. (D. ist in Skiez, Kreis Flatow geboren, war früher staatlicher Lagerhofverwalter und später Schleusenmeister in Bromberg; er hat an den Kriegen von 1866, 1870/71 teilgenommen, war zweimal verheiratet und hat vor Jahren bereits zum zweitenmal die silberne Hochzeit feiern können. Cläre Dux aus Chikago war mit einer Schwester und ihrem als Studienrat in Berlin wirkenden Bruder zu der Feier in Bromberg eingetroffen; Herr Dux, der seit 1881 in Bromberg ansässig ist, erfreut sich noch körperlicher und geistiger Rüstigkeit); Rentner Hermann Riedel in Kolberg (Ostseebad), Nikolaikirchplatz 1, fr. Kantinenwirt in Hohensalza, am 17. 12. 83 J.; Witwe Hedwig Schröder, geb. Mario, fr. Wollstein, jetzt in Pyritz (Pommern), Mauritiusstr. 17, am 27. 12. 80 J.; Schmiedemeister (nicht Schneidermeister, wie versehentlich im „Ostland" Nr. 50 veröffentlicht) Johann Ketzke in Dobers, Post Horka, fr. im Kreis Schrimm, am 11. 12. 70 J.; Oberpostschaffner August Bergander i. R. in Polkwitz, Kr. Glogau, am 15. 12. 78 J. und dessen Gattin Ernstine, geb. Klimpel, 74 J., fr. in Koschmin; Friedrich Scholz, Oberbahnwärter i. R. in Polkwitz, Kr. Glogau, 77 J. und dessen Gattin Ottilie, geb. Gebauer, 74 J., fr. Kottin und Pleschen (Scholz ist Vorsitzender der Ortsgruppe Polkwitz); Hausbesitzer Julius Baehr, Berlin N 58, Hochmeisterstr. 5, fr. Samter, 17. 12. 72 J.; Albert Hirschbruch, Berlin NW 87, Sickingenstr. 57, fr. Bromberg, 23. 12. 75 J.; Dora Lachmann, Berlin O 27, Schillingstraße 29, fr. Bromberg, 28. 12. 75 J.; Privatier Carl Scholz in Schwetz (Weichsel) am 21. 12. 90 J. (Sch. hat die Feldzüge 1864/66, 1870/71, besonders die Schlachten: Erstürmung der Düppeler Schanzen, Königgrätz, Sedan, Vionville, Mars-la-Tour, Gravelotte und St. Privat mitgemacht; er ist Ehrenmitglied des Kriegerverbandes und Inhaber des Ehrenkreuzes); Lehrer und Kantor Otto Semmler in Liegnitz am 18. 12. 70 J., geboren als Sohn des Lehrers und Kantors Semmler in Klein-Linde, Kreis Schrimm, Ausbildung: Präparandenanstalt Czarnikau, Lehrerseminar in Koschmin; tätig in Zakrzewo-Hauland b. Rions, dann Sarne b. Rawitsch und Görchen b. Rawitsch,